

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Bismarckstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen des „Volksrecht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedelstraße 105, Watzblaustraße 155, sowie durch alle Anzeiger zu beziehen. Bezugspreis im voraus für ein Viertel monatlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägung 0,50 Rmt., monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägung 2,10 Rmt. Dazzu die Post einchl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 16 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereinskundensammlungen und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Bismarckstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Anzeigen eingeleitet Manuskripte werden nur zurückgegeben, wenn Rückporto beiliegt

Der Landesverrat des deutschen Kapitals

Reichsminister Stegerwald stellt ihn fest, will sich ihm aber beugen

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat bei einer Tagung der schleswig-holsteinischen Zentrumspartei erklärt, daß sich etwa 8 Milliarden Mark deutschen Geldes im Ausland befinden. Dieses Verhalten der deutschen Kapitalgeber sei unpatriotisch und müsse auf härteste Verurteilung werden. Es sei jedoch durch Zwangsmaßnahmen nicht zu beheben. Man müsse versuchen, durch Wiederherstellung des Vertrauens zur deutschen Staatsführung das gestohlene Kapital wieder nach Deutschland zu bringen. Es klingt sehr schön, aus dem Munde eines Zentrumsministers eine so scharfe Verurteilung des Verhaltens der deutschen Kapitalisten zu hören. Aber was nützen scharfe Worte, wenn sie nur die Ankündigung für sanftere Handlungen darstellen. So richtig es ist, daß der Kapitalflucht bei der engen Verflechtung zwischen der heimischen und der Weltwirtschaft auf der einen Seite und dem Welt- und Warenverkehr auf der anderen Seite nur außerordentlich schwer mit Zwangsmitteln beizukommen ist, so abwegig ist doch die Forderung von Herrn Dr. Stegerwald, der Kapitalflucht müsse durch Steuererleichterung entgegengewirkt werden. Eine so starke Ermäßigung der deutschen Steuer, daß

durch sie die Steuerfähe in der Schweiz erreicht werden, wird es noch lange Zeit nicht geben. Im übrigen scheint uns Herr Dr. Stegerwald bei seiner Schätzung der Kapitalflucht auf 8 Milliarden Mark seiner Vorliebe für große Zahlen erlegen zu sein. Genaue Angaben für den Umfang des deutschen Kapitals im Auslande gibt es bisher nicht. Und wenn Herr Dr. Stegerwald die bisherige von amtlicher Seite kommende Schätzung von 2 bis 2½ Milliarden auf 8 Milliarden Mark erhöht, dann hätte er eigentlich gut daran getan, eine kurze Begründung für diese Verdreifachung anzugeben.

Wirths Antrag an den Staatsgerichtshof

Reichsinnenminister Dr. Wirth hat an den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich den Antrag gestellt, den thüringischen Regierungserlaß wegen der Schulgebote für verfassungswidrig zu erklären.

England und Indien

Die Auffassung der Arbeiterpartei - Weitere Verlesung der Lage in Indien

London, 27. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Das Unterhaus beschäftigte sich am Montag in später Stunde mit den Vorgängen in Indien. Der konservative Sprecher versuchte, die Kommunisten als Quelle des Übels hinzustellen, ohne jedoch im Hause Widerhall zu finden. Der Redner der Arbeiterpartei sprach sich über den vollen Erfolg einer britisch-indischen Konferenz sehr kritisch aus. Als der Staatssekretär für Indien, Benn, das Wort ergriß, kam es zu einem lebhaften Zwischenfall mit einem Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei. „Was ist die Pflicht der Regierung?“, erklärte der Staatssekretär. „Darauf entgegnete der Abgeordnete Brown: „Das letzte Wort, das eine Arbeiterregierung notwendig hat, ist die schmutzige Arbeit des Imperialismus zu bejahen.“ Dieser Zwischenfall erregte stürmischen Protest auf vielen Bänken. Benn erwiderte: „Er fühle sich durch den Zwischenfall nicht verletzt, weil das Parlament die Stätte sei, wo jede Meinung zum Ausdruck kommen müsse.“ Zu Brown sagte der Unterstaatssekretär in ernstem Tone: „Glauben, Sie, daß alle die Vorgänge nicht auch für mich eine Quelle tiefer Sorge sind?“ Es sei die Pflicht der Regierung, daß sie ihre Aufgabe erfüllt. Es sei im Interesse Indiens selbst, daß die Ordnung wärterhalten wird. Selbstverständlich sei die Gewalt kein Heilmittel, und England wünsche, daß alle Länder, gleich welchen Stammes und welcher Rasse sie auch angehören, als freie und gleichberechtigte Bürger in das britische Reich eingehen könnten. Bis dahin seien jedoch noch große Schwierigkeiten zu überwinden, und diese seien hauptsächlich in indischer Sprache, und indische Schwierigkeiten. Die Politik des indischen Vizekönigs, siehe fest, und das Ziel dieser Politik werde von den englischen Parteien gestützt. Zu den Konservativen gewandt, sagte der Unterstaatssekretär: Es habe eine Schule gegeben, die Indien gerade gut als Ausbeutungsmittel für britische Interessen gehalten hat, aber, so sagte Benn hinzu, wenn solcher Glaube noch länger bei einem großen Teil der öffentlichen Meinung aufrechterhalten würde, so wären die Tage der Verbindung zwischen England und Indien gezählt.

nur noch sehr schwer zu bewegen, gegen die Anhänger Gandhis vorzugehen. Die englische Regierung müsse bald zu einem Ueberkommen mit der Gandhi-Bewegung kommen. Im anderen Falle sei die militärische Besetzung Indiens unvermeidlich.

Bombay, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die Lage in Indien hat sich in den letzten 24 Stunden sehr verschärft. Streiks und Kämpfe mehrten sich an zahlreichen wichtigen Orten. Außer den üblichen Verhaftungen ist es am Montag mehrfach zu blutigen Zwischenfällen gekommen. Die Polizei konnte vielfach der Lage nicht mehr Herr werden. An verschiedenen Stellen wurde Militär zur Unterstützung herangezogen.

In Bombay wurden acht Personen getötet. Alle Läden der Stadt wurden nach dem Zwischenfall geschlossen. Es ist mit der Verschärfung des Ausnahmezustandes zu rechnen. In Peshawar und Umgebung wurden verschiedene Salzdepots von großen Menschenmassen angegriffen. Den Eingeborenen gelang es, in das Depot Kharagoda einzudringen und sich der Salzvorräte zu bemächtigen. Als die Polizei eingriff, wurden über 100 Personen verletzt; davon vier schwer. In Kanton hat es 12 Tote und 52 Verletzte gegeben. Hier bildeten Kämpfe zwischen streikenden Vodarbeitern und Arbeitswilligen die Ursache des Eingreifens der Polizei. Auch in Delhi kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei; 50 Personen wurden verletzt. In einem Dorf bei Meerut wurde ein englischer Offizier getötet.

Peshawar, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der der indischen Nordwestgrenze belachbare Mohammedanerführer Haji hat, dieser Tage die Grenze überschritten, um sich der indischen Aufstandsbewegung anzuschließen. Die indische Regierung hat den Stammsführer jetzt ultimativ aufgefordert, sich mit seinen Anhängern in 24 Stunden zurückzuziehen, andernfalls soll ein Luftangriff gegen die Mohammedaner durchgeführt werden. Die Mohammedaner werden dem Ultimatum aller Wahrscheinlichkeit nach Rechnung tragen und sich zurückziehen.

Bombay, 27. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Im mohammedanischen Viertel von Bombay kam es am Montag zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten. Die Schüsse feuerten in die Menge und verwundeten 8 Personen schwer. Nach dem Zwischenfall wurde der Polizei der Auftrag erteilt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Widerstände gegen die Regierung zu unterdrücken.

Annahme des Londoner Flottenpactes durch Kanada

Ottawa, 26. Mai. Das Unterhaus billigte heute einstimmig das Londoner Flottenpact.

Abkündigung der Militärdienstpflicht in Neuseeland

Die Militärgesetzgebung von Neuseeland hat die Militärdienstpflicht aufgehoben. Sie hat damit einen seit 20 Jahren von der Arbeiterpartei geforderten Grundgesetz verwirklicht.

Wie Brüning „führt“

Berlin, 26. Mai. (Eigener Bericht.)

Der Regierung Brüning ist als stärkstes Verdienst nachgerühmt worden, daß sie führe. So wenig diese Behauptung für die Vergangenheit zutrifft, so falsch ist sie auch für die Gegenwart. Auch die letzte Sitzung des Reichskabinetts am Donnerstag, die sich mit der schwierigen Finanzlage und der Sanierung der Arbeitslosenversicherung beschäftigte, hat infolge der großen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungskoalition zu keinem Ergebnis geführt. Es sind Parteiführerbesprechungen in Aussicht genommen, denen Anfang nächster Woche ernante Kabinetsberatungen folgen sollen. Man ist also mitgedrungen zu den alten Methoden zurückgekehrt und ist in Handlungen wesentlich bescheidener als in Worten.

Dieses Ergebnis ließ sich unschwer voraussehen. Denn nichts ist von jenen großspurigen Ankündigungen übrig geblieben, mit denen das Kabinett Brüning bei seinem Amtsantritt versehen wurde. Alle Prophezeiungen von der Wendung zum Besseren, sobald die Steuer- und Zollgesetz verabschiedet seien, haben sich als trügerisch erwiesen. Die Aufpassungen der Sozialdemokratie sind in einem Ausmaß bekämpft worden, das weit über die Erwartungen hinausgeht. Die Wirtschaftslage hat sich weiterhin ungünstig entwickelt und damit auch die Reichsfinanzen ungünstig beeinflusst. Das zeigt sich sowohl in einem Rückgang der Einnahmen als auch in einem Steigen der notwendigen Ausgaben. Bei den Einnahmen ist die Tatsache bemerkenswert, daß jetzt auch die Verbrauchssteuern geringere Erträge liefern, also ebenso von der schlechten Konjunktur und der Massenarbeitslosigkeit beunruhigt werden wie die Besitzsteuern. Steigende Ausgaben sind erforderlich nicht nur für die Arbeitslosenversicherung, sondern auch für die Krisenfürsorge und die Wohlfahrtsverbände der Gemeinden. Trotz alledem hält die Regierung an den steigenden Ausgaben für die Reichswehr fest!

Wenn man auch das finanzielle Ausmaß dieser beiden Umstände im gegenwärtigen Augenblick noch nicht im vollen Umfang zu übersehen vermag, so besteht doch kein Zweifel, daß der Etat nicht mehr als „ausgeglichen“ angesehen werden kann, und daß Fehlbeträge von vielen hundert Millionen Mark gedeckt werden müssen. Die Art und Weise der Befriedigung dieses neuen Finanzbedarfs ist gegenwärtig das Hauptproblem der inneren Politik. Niemand wird leugnen wollen, daß die Lösung dieser Aufgabe außerordentlich schwierig ist. Die Sozialdemokratie hat diese Entwicklung seit Monaten vorausgesehen, daher vor den unbegründeten Plänen auf weitgehende Steuererleichterung gewarnt und auf ausreichende Sanierung der Arbeitslosenversicherung bestanden. Jetzt zeigt sich, wie berechtigt ihr Verlangen war und wie gut die bürgerlichen Parteien beraten wären, wenn sie den Wünschen der Sozialdemokratie entsprochen haben würden.

Vor welchen Schwierigkeiten die Regierungskoalition steht, das zeigen die verschiedenartigen Deckungsvorschläge, von denen gesprochen wird. Neben der Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung ist das Rotopfer wieder aufgetaucht, allerdings nicht in der Form der Heranziehung der Leistungsfähigen, sondern der Heranziehung lediglich der Festbesehrenden. Auch die Erhöhung der Biersteuer, die Verlängerung der Kontingentierung der Zigarettensteuer scheinen in den Absichten der Regierung eine gewisse Rolle zu spielen. Das ist aber auch alles, was bisher an Vorschlägen erörtern werden konnte. Und wenn auch nur ein Teil davon verwirklicht werden würde, insbesondere die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, so dürfte Herr Dr. Brüning sicherlich in Belegenheit geraten, wenn er die Frage beantworten sollte, warum denn gerade wegen einer Beitragserhöhung um ein Viertel Prozent die frühere Regierung gekürzt werden mußte, wenn man jetzt eine Beitragserhöhung um ein Prozent vornimmt.

Aber soweit ist man überhaupt noch nicht, daß man irgendeinen Ausweg sieht, der von den Regierungsparteien gemeinsam gegangen werden könnte. Die Notlosigkeit und Unentschlossenheit ist kaum je so groß gewesen wie jetzt. Das ist ja auch kein Wunder. Denn die jegliche Regierungsmehrheit ist ein laiches Sammelsurium von verschiedenen Interessen, bei denen immer die unlässlichsten die größte Aussicht auf Erfolg haben, daß man einstweilen daran zweifeln muß, ob ein vernünftiger Weg aus den jetzigen Finanzschwierigkeiten gefunden wird. Man scheint sogar einen neuen Beweis für den Sieg der Unfähigkeit innerhalb der jetzigen Regierungskoalition erbringen zu wollen. Er soll anscheinend beim Finanzausgleich geliefert werden. Die Vorlage der Reichsregierung liegt im Reichstag seit Anfang April vor. Ihre Erledigung ist fraglich. Von ihr hängt die Aufstellung des Etats der Länder noch mehr aber als der Gemeinden ab. Trotzdem wird sie nicht vorgenommen, weil innerhalb der Regierungskoalition ein großer Streit ausgebrochen ist. Vertreter süddeutscher Länder - man nennt hierbei in erster Linie den Niederrhein - haben den Zentrumsgesandten Dr. Jäger - verlangen, daß die Verteilung der

London, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Machonaid erklärte in Schottland in einer Rundfunkrede: Die Selbstverwaltung der Kolonialvölker ist natürlich das Ziel der Politik der Arbeiterregierung. Man soll sich jedoch hüten, die englische Aufsicht über die Kolonialvölker zu frühzeitig aufzugeben, weil dann die Kolonialvölker sehr leicht Gefahr laufen, in den Zustand zurückzufallen, aus dem sie von England herausgezogen worden sind. Das englische Imperium kann aber nur dann dem Schicksal früherer Weltmächte entgehen, wenn es sich dem notwendigsten entgegenstellt. England hat zum Besten der Welt noch eine große Aufgabe zu erfüllen, vorausgesetzt, daß es die Gegenwart ernsthaft und die Zukunft vorbereitet. Wir haben den Völkern zu beweisen, daß unsere Verwaltung ehrlich und aufopfernd zum Besten der Völker gemeint ist, damit wir sie nicht aufgeben und die berechtigten Völker dem englischen Imperium erhalten.

Die Lage in Indien spitzt sich zu

London, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der Sonderkorrespondent des „Daily Herald“ in Indien berichtet, die eingeborenen Polizeibeamten seien

Verfahren, insbesondere bei Einkommensteuer, häufig nach einem gen. anderen Maßstab als bisher vorgenommen wird. Es ist nicht nur das Brutto-Einkommen, sondern daneben auch der Lebensumstand bei der Verteilung berücksichtigt werden. Sollte dieser Maßstab Erfolg, dann würden aus der Einkommensteuer Beiträge von vielen Hundert Millionen, die anderswo aufgebracht werden, zur Entlastung von Steuern, aber auch von Steuern, verwendet werden. ...

Dem Reichstag würde fast die Hälfte seiner Einkünfte entzogen werden; er würde mit seinen Angehörigen (Industriellen und wirtschaftlichen Verhältnissen zum dauernden Schaden verurteilt sein, während Bayern im Ueberflusse schwelgen könnte. ...

Abg. Dr. Jung (Soz.): Man muß ja Mittel mit dem Herrn Reichsfinanzminister haben, da offenbar kein Zeitungsbekanntmachung seine Richtigkeit wiederzugeben hat. ...

Rampf um das Steuerermächtigungsgesetz

Das Gesetz ist verfassungswidrig - Blamage der Wirtschaftspartei

Moldenhauer schreit und muß sich berichtigen

Berlin, 26. Mai. (Eig. Bericht.)

Der Reichstag beriet am Montag nachmittag in zweiter Lesung das Ermächtigungsgesetz über Kapitalertragsteuermäßigungen und die Liquidierung der Bank für Industrieobligationen.

Abg. Dr. Pflüger (Soz.):

Der Sozialdemokratie wird von dem Reichsfinanzminister die Verantwortung für die katastrophale Finanzlage zugeschoben. (Zuruf: Unmöglich links.) Gerade die Sorge um die Aufrechterhaltung der Reichsfinanzen hat uns Sozialdemokraten veranlaßt, aus der Regierung auszuscheiden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Reichsfinanzminister hat in Berlin sogar von der Notwendigkeit gesprochen, die Finanzen ohne den Reichstag zu sanieren, wenn dieser die nötigen Schritte nicht bewilligt.

Was soll diese Drohung bedeuten,

nachdem der Sanierungsplan im Reichstag eine Mehrheit gefunden hat? Der Minister jagte weiter, daß die Regierung zu regieren habe und daß der Reichstag dieses Recht zu regieren nicht an sich reißen dürfe. Damit geht er hinter die Verfassungszustände im Kaiserreich zurück. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wenn der Damm zu reißen drohe, meinte der Minister, dann gelte es nicht, die Geleise der Reichsbahn zu wahren. Solche Worte wären von Herrn Pflüger oder Hugenberg zu erwarten, nicht aber von einem verfassungsmäßigen Minister. Ich muß ausdrücklich betonen, daß uns die Verfassungsbekanntmachungen keineswegs nur aus ethischen Gründen, sondern aus politischer Überzeugung am Herzen liegen.

Auf keinen Fall darf die Verfassungsfrage bei diesem Gesetz außer Acht gelassen werden.

Die Reichsverfassung kennt den Weg einer verzüglichen Gesetzgebung nicht.

Sie sagt ausdrücklich, daß die Reichsgesetze vom Reichstag beschlossen werden und ein Verordnungsrecht gibt sie der Regierung nur zum Vollzug beschlossener Reichsgesetze. Auf Grund der Reichsverfassung ist es unmöglich, mit einfacher Mehrheit das Gesetzgebungsrecht des Reichstages einem einzelnen Reichstagsmitglied oder der Regierung zu übertragen. Ein solches Ermächtigungsgesetz kann nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. ...

und die Regierung, die ein Defizit von 600 bis 700 Millionen zu decken haben wird, dürfte kaum einen solchen Ausfall einreden lassen. Heute ist ja das Hauptproblem für die Hypothekendarlehen nicht, wie sie die Wandbriefe absetzen sollen, sondern, wo sie genug Objekte für die Ausgabe neuer Wandbriefe finden. ...

Die ganze Anforderung der Ermächtigung ist auch aus Gründen der Rechtfertigkeit und aus verfassungsmäßigen Bedenken unmöglich. Ueber der Wirtschaft würde ständig das Damoklesschwert der Aufhebung von der Regierung verordneter Maßnahmen hängen, wozu ja der Reichstag immer das Recht behält. ...

Abg. Dr. Pflüger-Köln (Dem.): Unsere Bedenken gegen das Gesetz richten sich gegen die Nichtberücksichtigung. Der Minister hat im Ausschuss eine Befristung bis zum 31. Dezember 1930 verprochen. ...

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer:

Ich muß den Bericht über meine Kölner Rede interpretieren. Ich habe nicht gesagt, daß die Sozialdemokraten aus der Regierung ausgetreten seien, weil sie sich geweigert hätten, an der Finanzierung mitzuwirken. Ich habe ausgeführt: Nicht an dem 4 Prozent mehr oder weniger bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung ist die Regierung auseinandergegangen, sondern an der Weigerung, sich an der notwendigen Reform dieser Versicherung zu beteiligen. ...

Abg. Ende (Komm.): Der Etat ist in allen seinen Schätzungen falsch, ein Defizit von 0,7 bis 1 Milliarde steht in Aussicht. In dieser Situation sollen Kapitalertragsteuermäßigungen den neuen Verbrauchssteuerverhöhungen vorausgehen. ...

Wir beantragen, diese Steuer wieder aufzuheben, und mit rückwirkender Kraft. Der Zentrumsantrag, der mit Aufhebung der Sonderumsatzsteuer verbunden ist, verlor die Mehrheit. ...

Abg. Reichsbold (Dem.): Da verschiedene Regierungsparteien die Aufhebung der Sonderumsatzsteuer beantragen, so also an ihrer vor kurzer Zeit gefassten Beschlüsse nicht gebunden erachtet, ...

Abg. Colosse (W.P.P.): Wir begrüßen das Verschwinden der Kapitalertrags-, Wertzuwachs- und Grunderwerbsteuer, ...

Abg. Dr. Meißner (DnL): verspottet die Regierungsparteien unter lebhafter Heiterkeit wegen ihres Durch- und Gegeneinanders. ...

Abg. Dreßler (Wiz.): erwidert damit, daß das Gesetz schon von 1927 herrührt, wo die Deutschnationalen in der Regierung saßen. (Zustimmung links.)

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes und Verfassungsmäßigkeit der Steuerherabsetzungen einzeln und gesamt ist in der Kommission der Regierungsparteien und der Deutschnationalen gegen 156 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt und das Gesetz in seiner ursprünglichen Fassung angenommen. ...

Um 19 Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag.

Das Nazionwesen auch in Kiel

Kiel, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Seit einiger Zeit marschierten allabendlich die Nationalsozialisten in einem Trupp von 40 bis 50 Mann durch die Straßen Kiels. Ihr Verhalten dabei war, wie üblich, durch provokatorisch. ...

Giganten der Landstraße

Ein Rennfahrer-Roman von André Keuze
Autorisierte Übersetzung von Fred A. Angermayer
Copyright by Büchergilde Gutenberg Berlin

„Egal!“ sagte der Fahrer und ließ sich auf einen Strauß fallen. „Du bist egal, so, so! Na, aber du kümmerst dich doch wenigstens beim amtlichen Zeitnehmer entschuldigen, der beinahe wegen dir später ins Bett kommt!“ sagte Herr Grignasse. ...

„Jawohl, ich kann ja jetzt noch nicht richtig sehen... Trotzdem aber hätte ich für die viertausend Franken das Rennen fortgesetzt, und wenn ich hin geworden wäre...“ „Prost, Rouillabour!“ sagte Bestasse. „Ich geb' auf!“ „Gerardot kann doch auch nicht mehr sitzen und gibt trotzdem nicht auf!“ sagte Rouillabour. ...

Zugendwer klatschte Beifall. Geberrast blieb Distribut Amadée, der eben gehen wollte, eine Sekunde stehen, grüßte mit der Hand und ging dann auf dem Lokal. „Entsetzlich!“ sagte Mainung. „Da ist ein Mensch, der Stundenlang allein durch städtische Nacht rollt, und was hat er davon? ...“ „Ein einziger Klatsche ihm Beifall, ein einziger, einmal zwei... und er scheint sich darüber gefreut zu haben...“ ...

Gold Moldenhauer

Er redet er große Töne, dann kniest er

Am Sonnabend hat er in Köln gesprochen. Er hatte aber doch, daß die ihm nahe stehende „Kölnische Zeitung“ einen ausführlichen Bericht veröffentlichte. Danach ist es gesagt, daß die Sozialdemokratie sich aus der Regierung nicht habe übernehmen wollen. Ferner hat Reichsfinanzminister gedroht, ohne den Reichstag regieren zu wollen. Der Finanzminister drohte also glatt mit einem Verzicht auf den Reichstag. Als Dr. Hilferding ihn zu Beginn der Montagmorgen des Reichstages stellte und von ihm Aufklärung über die unterbrochene Rede verlangte, machte der heldenhafte Reichsfinanzminister ein Gesicht, als sei er aus allen Wolken gefallen. Er erhob er sich und gab unter wachsendem Erstaunen des Reichstages eine Rede ganz und gar preis. Er wollte etwas anderes gesagt haben, als ihm kein Kölner Blatt in den Mund gelegt hat. Man wird nach dem Auftreten Moldenhauers in der Montagmorgen des Reichstages in Zukunft seine Reden im Land noch lieber ernst nehmen als seine Reden im Reichstag.

Die Demokraten wollen noch nicht sterben

aber Sozialreaktionäre wollen sie bleiben

Der Reichsparteiausschuss der Demokratischen Partei hat am Sonntag in Halle getagt. Er eroberte nach dem Prof. Hellpach und Koch-Weser mit der Unterstützung einer von Frau Bäumer vorgelegten Entschließung gegen 25 Stimmen. Der Kern dieser Entschließung liegt in folgenden Worten: „So bekennst du dich der Partei der Demokratischen Partei“. Es liegt in dieser Entschließung das Bekenntnis, daß die Demokratische Partei nicht, müde und erschöpft geworden ist und daß sie bis an den Rand der Selbstzerstörung gelangt ist!

Die Demokratische Partei konnte in der letzten Zeit nicht und nicht sterben. Ihr Parteiausschuss hat beschlossen, daß sie nicht sterben soll, aber ob Beschlüsse allein hinreichend sind, um ihr Leben einzuflüßeln, ist fraglich. Der Parteiausschuss hat eine Art Aktionsprogramm aufgestellt. Aus diesem geht hervor, daß es sich bei der Neubelebung im Reichstag nur um das Weitermachen im alten Stil handeln soll. Zur Arbeitslosenversicherung fordert dies Aktionsprogramm einen Abbau der Leistungen auf dem Wege der Billigung von Gefahrenklassen, auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung erhebt das Programm Bedenken gegen neue und die Wirtschaft belastende Auflagen und fordert die Vornahme eines Sparprogramms.

Keine neuen Steuern und Einparungen — das ist sicher die allgemeine Forderung, aber ebenlogut konnte man im gegenwärtigen Augenblick die Lösung der Quadratur des Kreises nicht angehen. Der Sinn dieser Tagung ist also: Es bleibt bei den Demokraten beim Alten.

Wies vom politischen Banditentum

immer neue Mordbege — immer neue Mordbege

Im Reichsparteiausschuss der Demokratischen Partei in Halle, am Sonntag, 26. Mai, (Eigener Drahtbericht.) In welcher streitbarer Weise die Führung der Nationalsozialisten ihre Anhänger in den SA-Abteilungen zu bilden und zum Bürgerkrieg treibt, dafür bietet die Organisationspolitik täglich neue Beweise. Den bisherigen und dieser verbrecherischen Hege leistet sich das Blatt in der Ausgabe vom 27. Mai, in der ein verantwortlicher Redakteur unter einem Pseudonym folgendes schreiben darf:

„Nicht müssen wieder und wieder Menschen sterben, unsere Idee der Erfüllung näher zu bringen. Noch steht über dem Kapitel der verbundenen Fronten es war einmal. Noch hängt das alte Pöbel der Umarmungen: das Krachen und Splintern und Schreien der Verarmungsschlachten, das Ersterben der Internationalen, von unferm Sang überdönt wird da und dort. Es wird nicht anders werden, bis wir die Nacht im Stante haben.“

In der gleichen Zeitungsnummer wird dann in Fettdruck mitgeteilt, daß innerhalb der Reichsleitung der Partei eine besondere Kommission, der Hochschulprofessoren und leitende Chefärzte gebildet wurde, um die Einführung eines „Schulbuches für die SA-Männer mit sachverständigen Ratgebern zu unterstützen. Die Notwendigkeit eines solchen Kopfschusses werde aus der Praxis der Verarmungsschlachten hervorgeht, wo es sich gezeigt habe, daß fast alle schweren Verletzungen Kopfverletzungen seien. Gefordert werde in erster Linie Schutz gegen seitliche Einwirkungen (Schläfen).

In Halle wird gemeldet, daß dort in der Nacht zum Sonntag ein Nationalsozialist von mehreren Kommunisten überfallen und durch zwei Messerstiche in den Rücken verletzt wurde. Der Nationalsozialist sei in diesem Zustande ins Krankenhaus geschafft worden.

Die Berliner „Rote Fahne“ schreibt heute unter der Überschrift: „Brecht den Terror der Faschisten“. Der Kampf gegen Faschismus muß in Betrieb und Stempelstelle und auf der Straße in so breiter, als Schichten der Arbeiter, armen Bauern, kleinen Gewerbetreibenden, der Angestellten umfassenden geführt werden, daß sich die schicksalhaften Mordkolonnen an den tödlichen Fronten des Genies brechen.“

Weimar, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Leitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Weiß hat in der letzten Zeit in den Thüringen eine verstärkte Tätigkeit der Reichswehrkräfte wahrnehmen lassen. Die Übungen werden in aller Öffentlichkeit durchgeführt, nahezu unter Aufsicht der Landespolizei. Die Übungen sind in dieser Lage bei Weite durchgeführte. Dort waren rund 250 Uniformierte und ein mächtig ausgerüstete Nationalsozialisten zusammengezogen. Sie benutzten ein früheres Übungsplatz neben dem Schießplatz der Landespolizei. In zwei Zügen eingeteilt, wurde ein Streik durchgearbeitet. Über vollstündig. Alle Schützengänge dieses Geländes sind neu angeordnet und ausgeglichen. An der Feldmarken-Ausstellung der Beteiligten sollen lediglich Seitenwache bewachen. Eine ähnliche Übung wurde kürzlich von Nationalsozialisten und Nationalsozialisten vor dem Reichstag durchgeführt. Hier waren 150 Mann beteiligt. Sie erwarteten von Sonntag vormittag 7 Uhr bis nachmittags 3 Uhr. Alle Teilnehmer verfügten über entsprechende Ausrüstung. In einem Stützpunkt bei Altenburg übten Nationalsozialisten einen Kampf. Die Anzahl der Beteiligten war nicht genau bekannt, da sie Produzenten in diesem Gelände ferngehalten wurden.

Polnische Grenzverletzung

Entlich wird mitgeteilt: Am 24. Mai, abends 9 Uhr, sind zwei polnische Grenzpolizeibeamte, die unbefugterweise die deutsch-polnische Grenze überschritten hatten und in das deutsche Grenzpolizeigebäude in Neuhäusen eingedrungen waren, in diesem Hause durch deutsche Grenzpolizeibeamte festgenommen worden. Sie widerstrebten sich unter Anwendung ihrer Dienstwaffen der Festnahme und verwundeten einen deutschen Beamten, so daß dieser von der Schutzwaffe Gebrauch machen mußte. Unmittelbar darauf unternahm andere polnische Grenzbeamte unter Heberschreitung der Grenze einen Verletzungsvorfall, indem sie eine Anzahl von Schüssen auf das deutsche Grenzpolizeigebäude und die deutschen Beamten abgaben. Die Verletzungen des deutschen Beamten, der vier Schüsse erhalten hat, sind ungefährlich; der eine festgenommene polnische Beamte hat einen Bauchschuß erhalten, dem er am Vormittag des 26. Mai erlegen ist. Die Vernehmungen zur völligen Klärung der Angelegenheit sind noch im Gange. Weitere Mitteilungen werden nach Abschluß dieser Vernehmungen und Eingang des Berichtes an das zuständige Ministerium erfolgen.

Polnische Regierung fordert gemeinsame Untersuchung

Warschau, 27. Mai. (Eigener Funkbericht.) In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die polnische Regierung wegen des Zusammenstoßes von deutschen und polnischen Grenzwachposten bei Münterwalde bestimmte Forderungen an die Reichsregierung zu richten beabsichtigt und entsprechende Instruktionen an ihre diplomatische Vertretung in Berlin bereits erteilt hat. Die polnische Regierung verlangt nach unseren Informationen eine Untersuchung des Vorfalls durch eine gemischte Kommission, die Befragung der beiden angeblich auf deutschem Boden und von deutschen Beamten verhafteten polnischen Offiziere und Zahlung einer Entschädigung sowie die Bestrafung der schuldigen deutschen Beamten.

Schaumschlägerei des Zentrums

Es arbeitet für die Erhaltung der Ausnahmesteuer auf die Konsumvereine.

Der Reichstag beschäftigte sich am Montag mit der Sonderumschlagsteuer gegen Warenhäuser und Konsumvereine. Es lagen hierzu vier Anträge vor: ein sozialdemokratischer Antrag verlangt die Aufhebung der Steuer vom 1. April 1930 ab, ein Antrag des Zentrums ersucht die Regierung, im Herbst oder bei der in Aussicht gestellten Reform der Umsatzsteuer einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Sonderumschlagsteuer vorzulegen. Ein Antrag der Demokraten ersucht die Regierung, die Erhebung der Sonderumschlagsteuer auszusetzen, während ein Antrag der Wirtschaftspartei die Sonderumschlagsteuer bestehen lassen will, aber die allgemeine Umsatzsteuererhöhung von 0,10 v. H. sowie die Mineralsteuererhöhung ausgeglichen werden soll.

Alle Anträge wurden gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten dem Steuerauschuß des Reichstages überwiesen. Trotz der Gegenfrage innerhalb der Regierungsparteien, die auch in der Debatte zum Ausdruck kamen, sind sie darin einig, daß die Entscheidung über das Schicksal der Sonderumschlagsteuer auf unabsehbare Zeit vertagt werden soll. Das ist insbesondere die Meinung des Zentrums, das durch seinen Antrag lediglich den Anschein erwecken will, als ob es die Ausnahmesteuer gegen die Konsumvereine, die bei seinen Arbeiter-Anhängern die größte Erbitterung ausgelöst hat, befechtigen wolle. In Wirklichkeit beugt sich das Zentrum dem Druck der Wirtschaftspartei und opfert ihm die Interessen der Konsumgenossenschaften und Verbraucher.

Man berät über die Finanzlage

Die Zentralverwaltung des Reichstages beschäftigte sich am Montag abend in mehrstündigen Verhandlungen mit der schwierigen finanziellen Lage des Reiches. Die Verhandlungen der Fraktion wurden eingeleitet durch Ausführungen des Reichskanzlers Dr. Brüning, der auf die dringende Notwendigkeit hinwies, daß die Finanzverhältnisse des Reiches und der Länder auf eine feste Grundlage gebracht werden.

Auch in der Fraktion der Deutschen Volkspartei wurden am Montag abend die schwebenden Finanzfragen erörtert. Dort berichtete Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer über die Lage.

Endlich werden die schuldigen Verzte zur Rechenschaft gezogen

Bübek, 27. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Die Lübecker Bürgerchaft nahm am Montag zu dem fürchterlichen Sänglingssterben Stellung. Die leitenden Medizinalbeamten verteidigten sich persönlich. Sie scheinen sich jedoch bisher über das Ausmaß und die Auswirkung der entsetzlichen Katastrophe immer noch nicht klar geworden zu sein. Als die tödliche Wirkung der Baccine bereits feststand, hat man es nicht einmal für notwendig gehalten, die noch in den Händen der Hebammen befindlichen Ampullen zurückzuführen. Nicht weniger belastend ist, daß der verantwortliche Tuberkulose-Medizinalrat Prof. Deide, angeblich in der ersten Erregung die in seinen Händen befindliche giftige Flüssigkeit weggab, statt sie zur genauen Untersuchung sicherzustellen.

Die sozialdemokratischen Redner übten an dem Verhalten der Verzte scharfe Kritik und forderten, daß die Verzte Deide und Alstedt zur Disposition gestellt werden. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien nahmen sämtlich für die Verzte Partei. Der Antrag der Sozialdemokratie wurde trotzdem mit knapper Mehrheit angenommen.

Das Problem der Aufwertungshypothesen

Nachdem kürzlich bei Beratungen des Justizrats im Haushaltsausschuß des Reichstages von sozialdemokratischer Seite die behauptete Regelung der Fälligkeit der aufgewerteten Hypothesen verlangt worden ist, hat nunmehr das Reichskabinett den längst angekündigten Gesetzentwurf verabschiedet und dem Reichsrat zugewiesen.

Es handelt sich bei den Aufwertungshypothesen, die nach dem geltenden Aufwertungsgesetz vor dem 1. Januar 1932 nicht zurückverlangt werden können, um eine Gesamtsumme von etwa 6 Milliarden. Man ist sich mit Recht, daß die Mobilisierung einer so gewaltigen Kapitalmasse innerhalb eines kurzen Zeitraumes zu starken wirtschaftlichen Erschütterungen führen könnte. Dieser Gefahr soll durch gesetzliche Eingriffe vorgebeugt werden. Ob die Bestimmungen des neuen Gesetzentwurfes gerecht und zweckmäßig sind, wird noch zu prüfen sein. Entwurf sei hier nur der wesentliche Inhalt des Entwurfs mitgeteilt.

Die Aufwertungshypothesen; soweit es sich nicht um allmählich zu tilgende Amortisationshypothesen handelt, können am 1. Januar 1932 gefälligst werden. Die Rückzahlung soll betragen für die Gläubiger ein Jahr, für die Schuldner ein Vierteljahr. Die Schuldner können aber noch Fristen erlassen und beantragen. Die Aufwertungsstellen dürfen dem Antrag nur zustimmen, wenn der Schuldner über die erforderlichen Mittel nicht verfügt und nicht in der Lage ist, sich unter Bedingungen zu verschaffen, die ihm billigerweise zugemutet werden können. Die Genehmigung des Antrages darf weiter nur erfolgen, wenn die Gläubiger keine unbillige Forderung beudeut. Der Zahlungsaufschub darf nur einmal und nur bis zum 31. Dezember 1934 gewährt werden. Das verschleierte Maß-

tarum, das diese Vor schläge enthalten würde also drei Jahre dauern. Die Aufwertungsstellen sollen übrigens bei Bewilligung eines Schuldneraufschubs gewisse Bedingungen auferlegen können, wie zum Beispiel die Leistung einer Abzugszahlung.

Für Aufwertungshypothesen, die nach dem 1. Januar 1932 weiterlaufen, ist ein einheitlicher Zinssatz vorgeschrieben, den die Reichsregierung bei Antritt des neuen Gelehes festzulegen hat. Der Gelehentwurf gibt für die Höhe des Zinses nur die eine Anregung, daß er höher als 6 Prozent sein muß. Es ist nicht wahrscheinlich, daß der Gelehentwurf in dieser Gestalt: Annahme finden wird.

Wie Stingl das Reich schröpft

Der Reichspräsident hält ihn aus

Die Münchener Meldung, daß der Reichspostminister a. D. Stingl sich verträglich eine Pension ausgedungen hat, die mindestens 5000 Mark jährlich höher ist als die ihm zustehende Pension, und daß diese Differenz aus dem Unterstützungsfonds des Reichspräsidenten gezahlt wird, wird von den amtlichen Stellen keiner Erwiderung gewürdigt. Wie uns auf Erkundigung mitgeteilt wird, ist der in der Münchener Meldung dargelegte Sachverhalt durchaus zutreffend. Der Reichspostminister a. D. Stingl hat sich bezüglich der Höhe seiner Pension eine mit dem geltenden Beamtenrecht in Widerspruch stehende Ausnahmebestimmung vertraglich gesichert. Sein Ruhegehalt richtet sich nicht nach den allgemeinen Vorschriften für pensionierte Minister, sondern wird nach dem jeweiligen Ministergehalt berechnet, obwohl das mit den Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes nicht in Einklang steht. Das ist auch die Anschauung des Reichsfinanzministeriums und des Rechnungshofes des Reiches. Infolgedessen ist von beiden Stellen die Zahlung aus dem allgemeinen Reichsfonds beantragt worden. Sie erfolgt jetzt durch den Dispositionsfonds des Reichspräsidenten. Allein diese Tatsache zeigt, wie dieses Verhalten zu bewerten ist.

Ausprache mit der IAP.

London, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Das Exekutivkomitee der Arbeiterpartei hat den Vorstand der unabhängigen Arbeiterpartei zwecks Klärung der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zu einer Besprechung eingeladen. Der Vorstand der unabhängigen Arbeiterpartei wird noch in dieser Woche die Delegierten für die gemeinsame Konferenz bestimmen.

Bertinaz gegen Stalien

Paris, 26. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Die letzten Drohheden Mussolinis gegen Frankreich haben augenblicklich dem Haß den Boden ausgeschlagen. Selbst Bertinaz vom „Echo de Paris“, der reaktionärste aller französischen Außenpolitiker, protestiert heute — zwar etwas inat — aber mit verhaßter Schärfe — gegen die Drohheden Mussolinis. Bisher hat Bertinaz immer wieder Brian den Vorwurf gemacht, er bemühe sich nicht im geringsten um direkte Ausprache mit Mussolini, die Mißverständnisse zwischen den beiden lateinischen Schwelternationen aus der Welt zu schaffen. Heute jedoch erklärt Bertinaz, daß Frankreich sich die Drohheden Mussolinis nicht länger gefallen lassen könne. Die jetzt zwei Jahren andauernden Verhandlungen müßten sofort eingestellt und vertagt werden. Es sei aussichtslos, sich mit jemandem verständigen zu wollen, der von vornherein entschlossen sei, mit Gewalt zu nehmen, was er mit Diplomatie nicht erreichen könne. Mussolini selbst müße Frankreich veranlassen, wenn es sich nicht weiter zu verhandeln versuche. Frankreich müße durch die Tat beweisen, daß von seiner Schwäche nichts zu erwarten sei. In anderen Worten: Es heißt Bertinaz seinen Artikel, sei es nach den Reden Mussolinis klar, daß das italienische Volk direkt auf einen Krieg hinarbeitet werde.“

Große Erregung in Polen

Wird der Sejm aufgelöst?

Die polnische Presse veröffentlicht am Sonnabend aufsehenerregende Erklärungen des früheren Finanzministers Czechowicz, der bekanntlich vor zwei Tagen aus dem Regierungsschloß ausgetreten ist. Czechowicz übt in oppositionellem Sinne scharfe Kritik an der Regierung und erklärt, das Kabinett habe seinen Finanzplan, der auf ein Gleichgewicht des Budgets, Stabilisierung der Währung und Heranziehung ausländischen Kapitals hinzielt, erschüttert. Die Regierung habe durch die Fortführung ihres Kampfes gegen den Sejm eine Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Lage herbeigeführt, was zur Folge habe, daß das Ausland keine Anleihe geben wolle. Bei einer Fortdauer dieses Zustandes sei ein Zusammenbruch der Finanzfront nicht ausgeschlossen. Die Erklärungen Czechowicz, die als die Voraussetzungen einer drohenden Inflation bewertet werden, haben in den politischen und wirtschaftlichen Kreisen Polens Erregung und Bestürzung hervorgerufen.

Diktionierte Verfassung für Syrien

Saifu, 24. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

In Damaskus erfolgte die Diktation der syrischen Verfassung durch Oberkommissar Ramsol sowie der Abschluß der französisch-syrischen Konvention, die einen 30jährigen Bündnisvertrag über Länder vorsieht. Der Schritt ruft starke Bedenken bei der syrischen Opposition hervor wegen der Einschränkung der Befugnisse des Völkerbundes in Syrien, da mit der Annahme des Vertrages das Mandatsverhältnis aufhört.

Sünftiger Fortgang der Bankierkonferenz

Paris, 24. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die Internationale Bankier-Konferenz hat am Sonnabend vormittag ihre Arbeiten fortgesetzt. Die Beratungen nahmen einen so günstigen Verlauf, daß man hofft, sie bereits am Montag abschließen zu können. Um bis zu diesem Tage fertig zu werden, haben die Bankiers auf ihr Westend verlegt und werden auch am Sonntag eine Sitzung abhalten.

Ein Arzt aus Hamburg (der Kaffeestadt) schreibt:

„mit ist Katholik mit Milch zehnmal lieber als Bohnenkaffee! Uns auch! Herr Doktor...“

Automat

zum Nußbaum
Schmiedebücke 20

Neuzeltliche, gediegene Auf-
machung • Der Geist der
Leistungsmöglichkeit

Eröffnung

Dienstag, 27. Mai
nachmittags 4 Uhr

Einheitspreise 10.- 20.-
für Getränke und beliebige Bräun-

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36300
Täglich 8 Uhr
Letzte 4 Tage
Gastspiel

Die Wimar/Marye Brian
in dem großen
Hellerkellererfolg
**Er u. seine
Schwester**

Operettenschwank
v. Richard Bachelder
Musik 1909
von Julius Klünngeler

Voranzeige!
Sonabend
den 31. Mai, 8 Uhr
Gastspiel des
Berliner Operettenhauses
**Frühlings-
mädels**
Operette in 3 Akten
von Franz Lehár

Stadt-Theater
(Opernhaus)
Dienstag
20 bis gegen 22,30 Uhr
Abonn.-Vorstellung A 20
Der Barbier von Sevilla
Bühnenm. 2174
20 bis gegen 22 Uhr:
Abonn.-Vorstellung B 20
Neubühnenaufführung
Madame Guimard
Donnerstag
18 bis gegen 22,45 Uhr:
Abonn.-Vorstellung E 20
Parsifal

Robe-Theater
Telefon: 68747
Zugabe 20,15 - 22,00:
Der große Bühnenerfolg
Leinen aus Irland

Scala-Theater
Zugabe 20,15 - 22,45:
Gruppe Junger Schauspieler, Berlin
Der sensationelle Erfolg!
Cyankali!

3 Placate erzielen in
dieser Zeitung
den größten Erfolg

Luna-Park
Breslau-Morgonau Tel. 55604
Straßenbahn-Verbindung bis zum Lunapark
Route Dienstag sowie täglich:
Konzert der Hans Sagerer-Kapelle
mit ganz neuem Programm.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pl.
Abends 8 Uhr spielen Hans Sagerer mit
Michel Holz - Leopold Nimschhaus
zum beliebten Verkehrten Ball
Voranzeige! Am Himmelfahrtstage:
Großes Kinderfest
Jedes Kind erhält ein Geschenk

Druckerei Volkswacht Verwaltung
Breslau 2 über Druckereien **Flurstraße 4/6**

**Schlesische
Philharmonie**
heute Dienstag
27. Mai, 19,30 Uhr:
**3. Südpark-
Konzert**
Leitung:
Herzmann Behr
Sollist:
Ernst Tschirner (Violine)

**Messow
Waldschmied**
Schmiedebücke

Besichtigen Sie unsere Schau-
fenster!

In der großen
Konfektions-Etage:
Gute, billige
**Wasch-
Bekleidung**
für jedermann!
Wie immer:
Schön und billig!

Strümpfe

- Damenstrümpfe**
aus ägyptisch Mako und Seiden-
flor, beides hochwertige Quali-
täten ohne Fehler, gute verstärkte,
Sohle, Ferse und Spitze
kosten nur **95** Pfg.
- Damenstrümpfe**
aus ägyptisch Mako und Seidenflor,
Qualitäten zu beispiellos niedrigen
Preisen in soliden Sträußenfarben
kosten nur **1 30**
- Zum Ausschauen!**
Ein Posten Damenstrümpfe **1 50**
aus Bemberg-Kunstseide, I. Wahl, feinmaschig, zum Teil mit Spitzhochferse
- Der Damenstrumpf**
aus künstlicher Waschseide,
regulär gearbeitet, mit Spitzhochferse
in vielen schönen, modernen Farben
kostet nur **1 15**
- Der Bembergstrumpf**
aus künstlicher Waschseide mit dem
neuen Bembergstempel „Silber“
gut ausgearbeitet, mit elastischem
Flor oder Seidenrand
kostet nur **1 90**
- Der Damenstrumpf**
aus feinmaschiger künstlicher
Waschseide, mit gut verstärkter Flor-
sohle, prächtige Farben
kostet nur **1 50**
- Der plattierte Damen-
strumpf** Flor mit Kütterside,
strapazierfähig und doch elegant
in modernen Tagesfarben
kostet nur **2 00**

Schlüpfen

- Herrensecken u. Sportstrümpfe**
moderne Jacquard-Muster, gute
Qualitäten, besonders vorteilhaft
Kindersöckchen und Kniestrümpfe
in hübscher, farbenfroher Aus-
musterung, zu niedrigst. Preisen
- Der Damen-Schlüpfen**
aus sehr feinfädiger fester Baumwolle ge-
weirkt, moderne Waschefarben
Größe 42-48, soweit Vorrat
kostet nur **75** Pfg.
- Der Damen-Schlüpfen**
teils aus ägyptisch Mako, teils aus
besten amerikanischer Baumwolle, schöne
Waschefarben,
kostet nur **1 45**
- Der Damen-Schlüpfen**
aus Kunstseide, mit feinen Atlasstreifen,
vorzügliche, feste Qualität
kostet nur **1 95**
- Der Damen-Schlüpfen**
aus besonders kräftiger Baumwolle,
weit geschnitten, Größe 42-48
kostet nur **1 00**
- Der Damen-Schlüpfen**
aus Kunstseide, dicht und feinmaschig,
mit verstärktem Zwickel, Größe 42-48
kostet nur **1 45**
- Der Damen-Schlüpfen**
aus Charmause, beliebtes zweifädiges
Trikotgewebe aus Kunstseide, wunder-
volle Farben. Größe 42-48, fehler-
freie Ware,
kostet nur **2 45**
- Kinder-Schlüpfen**
Baumwolle Größe 1, **50** Pfg.
Kunstseide gestreift, Größe 1, **80** Pfg.

LEONHARD AKTIEN-GES.

Breslau, Ohlauer Straße 71-73

Wie der Weltkrieg entstand.
Das amtliche Kistenmaterial und
die Plandruckungen des Reiches
100 Seiten. Preis nur 40 Pl.
Volkswacht - Buchhandlung.

Schenke billig und gute Bücher
VOLKSWACHT - BUCHHANDLUNGEN
Neue Graupenstr. 5 / Friedr. Wilh.-Str. 105 / Flurstr. 4

Breslauer Nachrichten Frauenkundgebung

Protest gegen die Politik des Bürgerblods

Die Internationale Frauenwoche und der Kurs der neuen Bürgerblodregierung, dessen Politik sich im proletarischen Haus...

Die Internationale Frauenwoche und der Kurs der neuen Bürgerblodregierung, dessen Politik sich im proletarischen Haus...

Die Internationale Frauenwoche und der Kurs der neuen Bürgerblodregierung, dessen Politik sich im proletarischen Haus...

Die Sommerbäder sind eröffnet

Das Stadt. Presseamt teilt uns mit, daß folgende Sommerbäder der Stadt bereits eröffnet sind: Stadionbad, Strandbad, Coleser Waldbad, Badesportpark Opperau, Strandbad, Strandbad Norden, Strandbad Carlowitz, Ohle-

Nicht mitgeteilt wird aber die Absicht des Magistrats, die Bäder in diesen Bädern in einem ungebührlich hohen Maße zu erhöhen...

Die Bäderpreise im Pölselbad

Der von der Stadt vorgenommene Erhöhung ist nicht ganz...

Das unbekannte Schlesien

Das nördliche Niederschlesien

Glogau eine alte Festungsstadt im modernen Gewande - Beuthen ein altes verträumtes Landsdörfchen - Karolath, die Blütenstadt - Das „Schlesische Meer“, der größte See unserer Provinz

Der Reiz Schlesiens an landschaftlichen Reisen ist so überaus groß, so abwechslungsreich, daß selbst der hier beheimatete Mensch nur einen Teil, oft nur einen Bruchteil seines engeren Heimatgebietes kennt.

Wenn man von der stillen Vertraulichkeit schlesischer Grenzlande, von dem riesigen Waldgebiet zwischen Stober und Malapane, von den hügelreichen des schlesischen Landrückens, von malerischen Vorgebirgslandschaften mit ihren romantischen Landschaften mehr dunkle Vorstellungen als genaue Kenntnis hat, so weiß man vom nördlicheren Schlesien schon gar nichts.

Bis Döhrenfurth ist den meisten Breslauern das Land zu beiden Seiten der Oder bekannt. Dann vielleicht noch Maltitz und Lebus. Von Steinau, Köben weiß man, daß sie an der Oder liegen, und von Glogau und Neusalz, daß es etwas größere Städte sind, die gerade noch zu Schlesiens gehören.

Glogau.

Eine Stadt, die uns Breslauer schon deshalb interessiert, als deren Gründung ähnlichen Verhältnissen wie der Breslau entspricht.

In westlicher Richtung, entlang den Dallauer Höhen, vorbei an deren höchsten Erhebung, dem Fuchsberg, immer durch prachvollen, zum Teil sehr dichten Mißwald, gelangt man zu einem kleinen, nur gegen 3½ Tausend Einwohner zählenden Städtchen. Es ist das bereits an der Südgrenze des Freystädter Kreises gelegene

Beuthen.

Drei hohe Türme kündeten schon von weitem einen größeren Wohnbezirk an. Sich in den Geist mittelalterlicher Zeiten zu versetzen, fällt hier, trotz der auf dem Marktplatz parkenden Autos, nicht allzu schwer.

Reisender wirkliche Erholung. Auf den billigen Schwimmunterricht sei noch einmal hingewiesen. Für 2 Mark zuzüglich des Badespreises (Abonnement für die Saison: Erwachsene 8 Mark, Jugend 5 Mark, Kinder 3 Mark, 7er-Karte 1 Mark) kann jeder, ohne Vereinsmitglied zu werden, Schwimmen lernen.

Fractionsführung erst Freitag

Heute abend fällt die Fraktionsführung aus, sie findet erst Freitag, den 30. Mai, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12, statt.

Auch eine Leichenhalle



So etwas gibt es tatsächlich noch bei uns in Breslau. Diese halb gänzlich zusammenfallende Bretterbude ist die Leichenhalle auf dem Kommunalfriedhof in Maria-Höfen. Diese Bude, in der man nicht einmal gern eine Leiche beherbergt, ist so recht ein Beweis von der Armut...

Das unbekannte Schlesien

Das nördliche Niederschlesien

Glogau eine alte Festungsstadt im modernen Gewande - Beuthen ein altes verträumtes Landsdörfchen - Karolath, die Blütenstadt - Das „Schlesische Meer“, der größte See unserer Provinz

ändert, nur hier und da ein neuer Bau. Der Marktplatz ist in allen seinen vier Seiten ein Schauplatz der verschiedensten Baumeister, von der frühen Gotik bis zum späten Barock. Hier könnte — die Empfindung hat man noch heute — Hans Sachsens Werkstatt geklungen, das Schicksal Hermann und Dorotheas abgepielt haben.

Karolath.

Es ist Stadt oder Dorf, was ist seine Geschichte? Man sieht nur eine blühende Landschaft. Wohl kaum gibt es in Schlesiens einen so blütenreichen Ort.

30 Kilometer nordwärts. Wir sind noch immer im Kreise Freystadt und an der polnischen Grenze, fast am nördlichsten Punkt Schlesiens. Hier liegt Schlesiens größter See, das „Schlesische Meer“, der 12 Kilometer lange, stellenweise 3 Kilometer breite und gegen 4000 Morgen große

Schlawa-See.

Bis vor wenigen Jahren war hier noch unberührte Einsamkeit, die der rings um den See sich legende Waldgürtel noch verstärkte.

Auf einer Besichtigungsfahrt der Presse waren uns die Bürgermeister der hier gelegenen Städte hilfreiche Führer, sprachen sie ebenso begeistert von den Eigenheiten und Schönheiten dieser Gegend, wie einst von der Notwendigkeit einer zentralen Unterbringung. Der schlesische Verkehrsverband, der uns in diese für uns Breslauer so abgelegene Gegend brachte, ist bemüht, auch einem größeren Kreis die Wege in diesen noch so unbekanntem Teil Schlesiens zu erleichtern.

Vermutterung der Filmzensur

Der bei der gestrigen Frauenkundgebung vorgeführte Film „Geschlecht in Fesseln“ veranschaulichte recht drastisch den Einfluß des Muderertums auf die Filmzensur. Wer den Film vor längerer Zeit, kurz nach seiner Fertigstellung gesehen hat, konnte nur feststellen, daß man diesem wichtigen und anregenden Werk neuerdings durch das Heraus-schneiden ganzer Szenen fast vollständig seinen Sinn genommen hat.

Adoption von Kindern

Die Vermittlungsstelle des städtischen Jugendamtes zur Annahme von Kindern an Kindestätten vertritt über eine größere Anzahl Kinder, deren Eltern und deren Verwandte, die sich nach ähnlichen Umständen zur Adoption eignen, welche, bis ein Kind als einzig anzunehmendes werden, werden gebeten, sich wegen Annahme eines Kindes an das städtische Jugendamt, Ohlauer Straße 44, Zimmer 3, zu wenden.

Verurteilung von kürzeren Freiheitsstrafen

Die der Amtsliche Kreisliche Beisitzung mittelst, hat der Justizminister im Hinblick auf die bestehenden Arbeitsverhältnisse erneut darauf hingewiesen, daß kürzere Freiheitsstrafen zur Verminderung der Bevölkerung der Erwerbsverhältnisse der Bevölkerung und die wirtschaftliche Lage ihrer Angehörigen während der Zeit der Strafverurteilung nicht zu nehmen sei. So sollte es sich z. B. kürzere Freiheitsstrafen gegen sogenannte Lohnarbeiter während der Zeit, in der sie sich in Arbeit befinden, möglichst nicht zu vollziehen. Es müßte jedoch stets in Betracht gezogen werden, daß durch die Gewährung solcher Verurteilungen der Zweck der Strafe nicht beeinträchtigt werden.

Silberhochzeit feiert Genosse Arur Hauschild und seine Frau, geb. Pfeiffer. Er ist seit 25 Jahren auch Leiter der Gewerkschaft und seit 20 Jahren Parteimitglied. Wir gratulieren.

Breslauer Volkstheater. Zu der „Parfisa“ Aufführung am kommenden Donnerstag haben den Mitgliedern der Volkstheater in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, einige Eintrittskarten zur Verfügung.

Ziehungsstag der Preussisch-Süddeutschen Klassenloterie. Am 27. Mai wurden folgende Gewinne gezogen: 100 000 Mk. fielen auf Nr. 253 612; 50 000 Mk. auf Nr. 229 227; 2000 Mk. auf Nr. 222; 3000 Mk. auf Nr. 97 559 206 094 254 779; 2000 Mk. auf Nr. 134 731; 1000 Mk. auf Nr. 73 970 126 239 128 870 198 745 362 057 391 924; 800 Mk. auf Nr. 15 334 34 809 47 839 92 808 143 939 192 013 298 216 293 508 288 810 298 297 804; 500 Mk. auf Nr. 20 280 28 586 35 573 49 433 58 261 78 543 112 976 128 134 132 409 136 509 144 601 154 761 177 854 195 228 195 690 204 881 227 183 234 687 286 226 237 067 268 094 318 137 328 102 342 884 358 701 366 091 391 645.

Vom Flughafen Breslau. Die Verwaltung unseres Flughafens bittet uns, nachmais darauf aufmerksam zu machen, daß am Dienstag und Freitag, pünktlich 14,30 Uhr, 15,15 Uhr und 16,00 Uhr Flüge durch die Anlagen unseres Flughafens unter unserer Leitung stattfinden. Die Teilnehmer an diesen Flügen erhalten in großen Zügen einen Überblick über die Tätigkeit der Verkehrsflugsicherung und über die einzelnen Typen der Verkehrsflugzeuge. Besonders wäre zu wünschen, daß von Vereinen und Schulen möglichst regen Gebrauch machen. Meldungen geschlossener Verbände nimmt die Verwaltung des Flughafens, Breslau, Am Hauptbahnhof 1, I, schriftlich unter Angabe des Tages und der Zeit usw. entgegen. Ferner bittet die Verwaltung des Flughafens, noch darauf aufmerksam zu machen, daß jeden Sonnabend ab 16 Uhr Rundflüge über Breslau durchgeführt werden. Auskunft hierüber erteilt gleichfalls die Verwaltung unter Telefon-Nr. 547 89.

Mit Veronal vergiftet? In seiner Wohnung in der Lohengrabenstraße wurde am Montag nachmittag der 38-Jährige Arbeiter K. K. aufgefunden und in das Wenzel-Hand-Krankenhaus gebracht. Nach Feststellung der Ärzte ist die Erkrankung an Veronal Vergiftung durch Veronal zurückzuführen, doch konnte nicht festgestellt werden, ob es der Erkrankte absichtlich zu sich genommen hat, um sein Leben zu beenden, oder ob es sich um eine unbeabsichtigte Vergiftung handelt.

Freiwillig aus dem Leben geschieden. In der Wohnung Nr. 10 in der Wisniewer Straße wurde am Montag nachmittag der 33-Jährige Stütze E. D. mit Leuchtgas vergiftet, tot gefunden. Aus welchem Anlaß sie auf diese Art freiwillig mit dem Leben Schluß gemacht hat, ist bisher nicht festgestellt worden.

Tödlischer Hufschlag. Im Brüderkloster ist am Sonntag der Landarbeiter Richard Kowala an den Folgen einer schweren Erkrankung gestorben. Er war in der Kreis-Neumarkt, in Stellung und erhielt beim Werben von einem der Tiere einen Hufschlag in den Hinterfuß, wofür er bald ins Krankenhaus geschafft wurde, konnte er doch nicht mehr gerettet werden.

Motorrad fährt in ein Auto. Als gestern vormittag ein Motorradfahrer in der Frankfurter Straße an einem anfahren vorbeifahren wollte, konnte er nicht mehr weit genug abbiegen und prallte an das Auto an. Der Fahrer des Kraftfahrzeuges, Schlosser Burckhardt und sein Mitfahrer, Schlosser Skupin, beide aus Berlin, erlitten Verletzungen und mußten zu einem Krankenhaus geschafft werden.

Kraftsonderpost nach der Heuscheuer. Am Himmelfahrtsfest am 29. Mai verkehrt ab 6 Uhr von der Kraftposthaltestelle eine Kraftsonderpost nach der Heuscheuer. Die Fahrt führt über Rimplitz, Frankentau nach Silberberg (Brühmühl, Abfuhrung des Donjon). Weiterfahrt 10,15 Uhr nach Carlsberg (Lageplan, Fellenbestätigung). Rückfahrt von dort 17 Uhr, vom Wald 18 Uhr, über den Wolpersdorfer Weg, Reichenbach, Borsdorf, Ankunft in Breslau gegen 21 Uhr. Platzkarten für die Rückfahrt zum Preise von 8,50 Mark sind täglich in der Zeit von 7 bis 19 Uhr beim Postamt, Holteistraße 3/19, erhältlich, bei dem sie auch fernmündlich bestellt werden können. Preisnehmer 538 41 bis 16 Uhr und 289 71 nach 16 Uhr.

Wasserstand

	27.5	26.5		27.5	26.5
Hamern (Unter-Wege)	1.24	1.26	Hamern (Ober-Wege)	2.14	2.16
Dobornitz	0.48	0.50	Dobornitz	1.85	1.88
Abfuhrung (Unt.-Wege)	1.60	1.57	Abfuhrung (Ober-Wege)	0.80	0.82
Walden (Kraus)	1.98	2.19	Walden (Kraus)	0.43	
	1.04	0.98	Walden (Kraus)	17.5	

Arbeiter-Sport

2. Schlesisches Arbeiter-Turn- und Sportfest 1930 in Breslau

Veranstaltung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im 1. Bezirk. Große Festspiele sind im Geschäftsjahre des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße 45, abzuhalten. Sport-Ordnung für Aushang der Plätze. In jedem Betriebe, an dem Orten, wo die werksmäßige Beschäftigung verkehrt und ihre Einflüsse tätigt, muß auf unterer Seite hingewiesen werden! **Festsaalgebäude.** Die Festspiel-Mitarbeiter wollen die noch ausstehenden Beiträge bis allerhöchstens Mittwoch, den 28. Mai, an den Obmann einleiten.

Serienpiel im Fußball am 1. Juni.

Männer-A-Klasse.
 15,50 Uhr: 1. Abt. — 4. Abt.; Platz der 1. Abt.; Tetsche.
 15,50 Uhr: West — 5. Abt.; Westplatz; Reicher.
 15,50 Uhr: 7. Abt. — 3. d. A.; Platz der 7. Abt.; West.
 16,00 Uhr: Ganda — Mochbern; Platz der 1. Abt.; Berndt.
Männer-B-Klasse.
 15,00 Uhr: 5. Abt. II — Mochbern; Platz der 1. Abt.; Jung.
 15,00 Uhr: 7. Abt. II — 3. d. A. III; Platz der 7. Abt.; Mochbern.
 15,00 Uhr: Ganda — 3. d. A. II; Platz der 7. Abt.; Grieser.
 West und 1. Abteilung spielfrei.
 16,40 Uhr: 1. Abt. — 5. Abt. II; Platz der 1. Abt.; Scholz.
 16,40 Uhr: 7. Abt. II — West; Platz der 7. Abt.; Günther.
 16,40 Uhr: 3. d. A. II — Mochbern; Platz 1. Abt.; Ständer.
 Ganda und 3. d. A. III spielfrei.

Jugendmannschaften.

15,00 Uhr: 5. Abt. — 7. Abt. II; Oswig; Kothke.
 15,00 Uhr: 7. Abt. I — Mochbern; Oswig; Trupple.
 16,40 Uhr: 1. Abt. — Mochbern; Oswig; Guhr.
 16,40 Uhr: 5. Abt. — 7. Abt. I; Oswig; Trupple.
 1. Abteilung und 7. Abteilung II spielfrei.
Juniormannschaften.
 15,50 Uhr: 5. Abt. — 7. Abt. II; Oswig; Thierntle.
 15,50 Uhr: 1. Abt. — 3. d. A.; Oswig; Guhr.
 17,30 Uhr: 5. Abteilung — 7. Abteilung; Oswig; Thierntle.
 1. Abteilung und 7. Abteilung II spielfrei.

Sportlerinnen.

15,00 Uhr: 3. d. A. — 5. Abteilung; Haidenhainwiese; 1. Abt.
 15,00 Uhr: 4. Abt. I — 1. Abt.; Haidenhainwiese; 7. Abt.
 15,00 Uhr: 4. Abt. II — 7. Abt.; Haidenhainwiese; 3. d. A.
 16,00 Uhr: 3. d. A. — 1. Abt.; Haidenhainwiese; 4. Abt.
 16,00 Uhr: 4. Abt. I — 7. Abt.; Haidenhainwiese; 5. Abt.
 16,00 Uhr: 4. Abt. II — 5. Abt.; Haidenhainwiese; 3. d. A.
 1. Abteilung und 7. Abteilung bauen je zwei Felder, West ein Feld im Eigenpark. 5. Abteilung baut in Oswig zwei Felder, 1. Frauen-Abteilung baut drei Felder Haidenhainwiese.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

2. Männer- und 6. Frauen-Abteilungen Miniautofahrer nebenbei bei Genossen M. N. K. K.
Tennis-Abteilung. Mittwoch, 18 Uhr, Ostpark, Stafettenläuferinnen und Läufer zur Einteilung. Himmelfahrt; Sobten.

Wassersport

Freie Rudervereinigung Breslau e. V. Morgen, Mittwoch. Stadion: Alles zur Einteilung der Stafettenmannschaften.
Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“. Abteilung Ganda. 28. Mai, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung. 31. Mai, abends 8 Uhr, Monatsitzung bei Rathmann in Ganda.

Lehrerinnenverein „Die Naturfreunde“

29. Mai (Himmelfahrt): Kabinort nach Sibollenort. Treffpunkt 6 Uhr Hindenburgbrücke, nicht wie angegeben. 7 Uhr. Führer: L. L. L.
Hüttenaktion. 27. Mai, 20 Uhr, Hüttenaktion im Gewerkschaftshaus, Zimmer 5.
Hüttenabend im Breslauer Haus. Am 29. Mai: Schwarz-Erna Gieseler; am 1. Juni: Magdal-Martha Eigenwillig.
Spielgruppe der Naturfreunde. Anfang heute 20 Uhr, Benderschule, Lehndamm. Mitzubringen: Gnomastiftausg. Seit 3 u. 4 „Der Naturfreund“.

Wetterbericht

Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern (Wochendruck, auch mit Quellenangabe, verboten.)
 Die etwas unbedeutende und zu Gemütern oder gemitterartigen Regenschauern neigende Wetterlage hält über Mitteleuropa weiter an. Der unsichere Charakter bleibt vorläufig bestehen, da gleichzeitig mäßige Luftmassen vom Balkan her nordwärts vorrücken und von Westen her kühlere maritime Luftmassen in Mitteleuropa einströmen.
Aussehen für das nächste Wochenende, die nächsten Mittel- und Hochgebiete:
 Wolkig, nur vorübergehend aufhellendes Wetter, Gemitter oder heftige gemitterartige Regenschauer, warm.
 Sonnenaufgang: 3,51 Uhr; Sonnenuntergang: 20,04 Uhr

Geschäftliches

Es ist Ihnen schon aufgefallen, daß auf den Porträts unserer Porträten fast immer der Mund geschlossen ist? Scherens findet man ein Lächeln mit geschlossenen Lippen. Der Photograph, der jetzt das Amt des Porträtmalers fast ganz übernommen hat, zeigt dagegen keine Porträts mehr mit geschlossenem Munde. Das Lächeln, welches die Zähne freilegt, mag wohl nicht zur Verschönerung der Gesichter beitragen haben in einer Zeit, da Zahnfleisch so gut wie unbekannt war und erste Zahnärztliche Hilfe geahndet. Zähne zu den Edelsteinen gehörte. Heute, im Zeitalter des D o a l, haben die Scherens glücklich durch ihre geliebten Zähne an Reiz gewonnen.

Wirtschaft

Abchluss des Mansfeldkonzerns

Keine Dividenden. — Lohnabbau beschließt.
 Der Abschluss des Mansfeldkonzerns für das Jahr 1929, den man wegen der bekannten Stilllegungs- bzw. Lohnabbauabsicht der Verwaltung mit besonderem Interesse erwartet hat, steht keine Dividenden auskunft vor. Zweifellos will die Verwaltung dadurch demonstrieren, daß auch die Aktionäre für das Unternehmen Opfer bringen. Daß man aber an die Opferwilligkeit der Aktionäre wird noch größere Anforderungen stellen müssen, falls man das Unternehmen ausrecht erhalten will, ist wohl selbstverständlich. Leider spricht die Verwaltung von Mansfeld in ihrem Bilanzauszug kurz mitgeteilten Programm wohl von der Notwendigkeit einer Lohnreduzierung, nicht aber von den notwendig gewordenen weiteren Opfern der Aktionäre.

Der Gesamtertrag und die Ueberschüsse sind gestiegen. Der Gesamtertrag steigerte sich von 13,62 Millionen Mark im Vorjahr auf 14,95 Millionen Mark und die Ueberschüsse, die nach dem Abzug von Abschreibungen, allgemeinen Unkosten usw. verbleiben, von 2,87 Millionen auf 3,54 Millionen Mark. Die Abschreibungen wurden von 4,34 Millionen Mark auf 4,76 Millionen Mark erhöht. Von dem Gesamtertrag bleiben aber noch Sonderabschreibungen gemacht worden zu sein, die wohl auf ein recht unglücklich verlaufenes spekulatives Geschäft mit Stolbergaktien zurückzuführen sind. So erscheinen die Abschreibungen angesichts des Aktienkapitals ziemlich hoch (mehr als 10 Prozent des Aktienkapitals).

Kentiert hat sich im verfloßenen Jahr die Kupferproduktion und zwar lagen die Kupferpreise infolge der durch das Internationale Kupferkartell entworfenen Pause um etwa 24 Prozent über dem Stand des Vorjahres. Auch der Bergbau, Steins- und Braunkohlenbergbau mit samt Nebenbetrieben, hat Ueberschüsse abgeworfen. Anders liegt die Sache bei den Metallen. Hier macht sich die Preissteife für Blei, Zink und Silber bemerkbar. Auch das Schlackenmetallgeschäft hatte ein schlechteres Ergebnis als im Vorjahr. In die Gestaltung der Metallpreise ist auch das Schicksal des Unternehmens geknüpft, da nach Lage der Dinge das Metallgeschäft bei Mansfeld die Entwidlung der Gewinn- und Verlustrechnung entscheidend beeinflusst.

Aus dem Gesagten ergibt sich die ganze Dürftigkeit des von der Verwaltung mitgeteilten Programms. Bekanntlich will man die Löhne bei Mansfeld um 15 Prozent kürzen. Dazu käme eine Verringerung der Sozialausgaben (bei der Knappheit usw.), die Erparnis aus dem beabsichtigten Beamtenabbau und eine Reichsbahnsubvention. Unter diesen Voraussetzungen glaubt sich die Verwaltung stark genug, den Kupferbergbau und den Hüttenbetrieb bis zum Wiedereintritt besserer Verhältnisse durchzuhalten. Da die entscheidende Entwicklung aber beim Metallgeschäft liegt, ist diese Beweisführung durchaus brüchig. Außerdem hängt die Entwicklung bei Mansfeld weiter entscheidend von dem Konsum ab. Die Vorräte haben sich von 9,6 Millionen auf 15,3 Millionen Mark erhöht. Da, wie die Verwaltung mittelst, die Waren vorrätig, d. h. weit unter Marktpreis gehalten sind, kommt dem Anwachsen der Vorräte bzw. der Zurückhaltung des Konsums größte Bedeutung zu. Bei Mansfeld rächt sich eben im besonderen Maß die Preispolitik auf den Metallmärkten, insbesondere die Preispolitik des Internationalen Kupferkartells. Die Preissteiferien im Internationalen Kupferkartell, die die dem Kartell angehörende Mansfeld-M.G. mitmachen mußte, hat Mansfeld den Markt zerschlagen. Darauf und nicht auf die letzte Lohnreduzierung gehen die Schwierigkeiten bei Mansfeld zurück. Von der Reorganisation des Kartells und nicht vom Lohnabbau können deshalb auch die Verbesserungen kommen. Die Forderung nach Lohnabbau bei Mansfeld hat keine wirtschaftliche Begründung und die Verwaltung wird, wenn sie diese Forderung durchführt, sich in ihren an dem Lohnabbau geknüpften Hoffnungen täuschen.

Seht es ihnen wirklich so schlecht?

Daß die immer wieder aufgestellte Behauptung von der allgemeinen Not der Landwirtschaft ein Märchen ist, geht aus dem Bericht der Bank für Landwirtschaft hervor. Das Institut, das dem Reichslandbund nahesteht, konnte feste Einnahmen von 1,4 auf 1,46 Millionen steigern. Die Kreditoren werden mit 20,9 Millionen Mark gegenüber 19,7 Millionen Mark im Vorjahr angehen. Der Ueberschuss ist sich mit 195 000 Mark gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Die Bank erklärt das günstige Ergebnis damit, daß ihr Arbeitsgebiet außerhalb des ausgeprägten agrarischen Krisenherdes liegt. Damit wird jedoch nur gesagt, daß man die landwirtschaftliche Krise nicht, wie es gerade der Landbund gerne tut, verallgemeinern kann.

Fusion von drei Riefenwerken in Italien

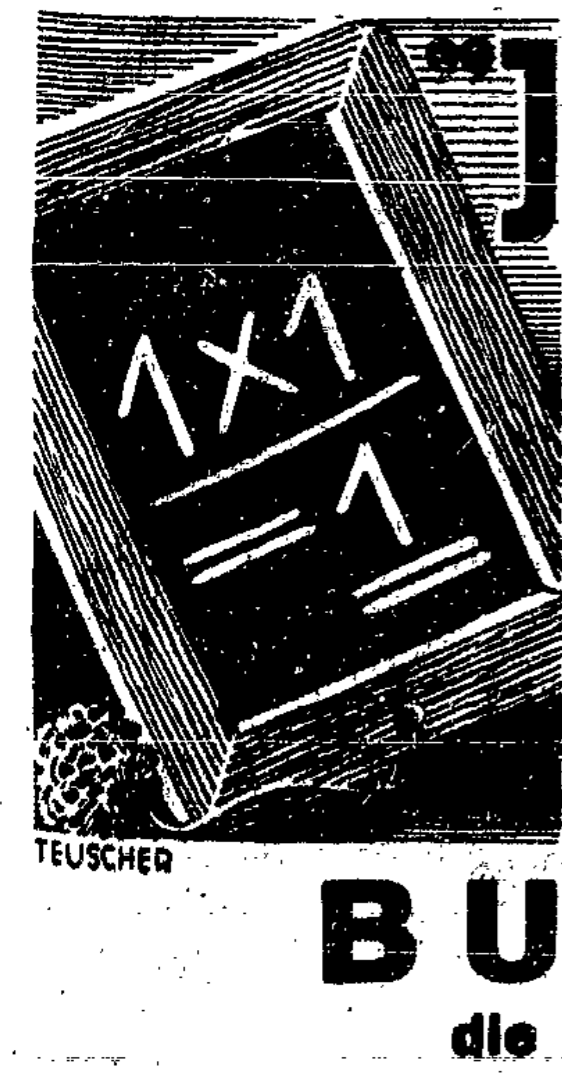
Giornale d' Italia meldet aus Triest, daß die drei bedeutendsten Schiffswerften der Venetia Giulia, die Werften in Monfalcone und die beiden Werften in San Rocco und San Marco zu einem einzigen Unternehmen fusioniert werden.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Jede grosse geschäftliche Idee
 läßt sich in einem Satz aussprechen, den ein Kind versteht“, so schrieb ein großer Wirtschaftsführer.
 Unkompliziert und einfach war auch der Gedanke, welcher der Bulgaria-Zigarettenfabrik zum Erfolg verhalf: Mit einfachsten, modernsten Mitteln zu billigem Preise Zigaretten von nicht alltäglicher Güte herzustellen.

BULGARIA-STERN
 die stets frische und gleich gute 4 Pfg. Zigarette.

4
BULGARIA
STERN



Gewerkschaftsbewegung

Zugung der freigewerkschaftlichen Gastwirtschaftsgehilfen in Siegnitz

Die Vertreter der gastwirtschaftlichen Angestellten des Bezirks Schellen im Zentralverband der Hotels, Restaurants, und Café-Angestellten tagten Mitte Mai in Siegnitz. Dem Bericht über den Stand der Organisation ist zu entnehmen, daß die Nationalisierung auch in diesem Gewerbe unzählige Arbeitskräfte freisetzt, mit deren Elend hohe Doldenden der Brauereien und Hotelbetriebsgesellschaften von 18 bis 25 Prozent erkaufte werden. Im Juli 1929 waren trotz größter Konjunktur 22 000 gastwirtschaftliche Angestellte arbeitslos, fast 10 000 davon sind noch nicht eingetragene. Trotzdem streitet die Organisation dauernd vorwärts. Schlesiens Mitgliederzahl stieg von 22 000 auf 32 000 im Berichtsjahr und hat damit erheblich zum Aufstieg der Gewerkschaftsorganisation beigetragen. In gleicher Weise folgte der finanzielle Aufstieg und das Wachsen der Abonnementzahl der „Gewerkschaftszeitung“.

Die Unterstützungsleistungen der Organisation machen im Jahre 1929 1 100 000 Mark aus. Der Zentralverband ist die einzige einschlägige Organisation, die sachungsgemäß Erwerbslosenunterstützung zahlt. Ab Juli 1930 kommen dazu die laufenden Unterstützungen für alle und invalide Mitglieder, die der Verbandstag in Hamburg Mai 1929 beschloß.

Im Kampf mit dem Unternehmertum spielte die Frage der Tarifverträge eine besondere Rolle, mit ihr in engstem Zusammenhang die des Rechtsschutzes der Mitglieder. Die letzten sechs Jahre brachten der Organisation 23 324 Streitfälle, die 34 493 Verhandlungen erforderten und den Mitgliedern 1 662 807,00 Mark sicherten. Bedeutsam war auch die Betätigung in der Sozialgesetzgebung. So konnte die Unfallversicherung auch auf das Bedienungspersonal erweitert werden und bedarf jetzt nur der Ausdehnung auch auf das Personal der kleinen Betriebe, die ohne Maschinen arbeiten.

Die verschieden gehandhabte Polizeistunde bringt den Kollegen oft unbezahlte Mehrarbeit und veranlaßt die Herausgabe einer Broschüre seitens des Verbandes, welche in den Beratungen des Schlichtungsausschusses wichtig wurde; in gleicher Linie sollte eine Bearbeitung des Berichts der Gewerkschaftsausschüsse aus dem Jahre 1928 wirksam werden, die in einem besonderen Bande den in Frage kommenden behördlichen Stellen zugestellt wurde. Der Verband erreichte damit, daß im Schlichtungsausschuss neben der Frage der Betriebszugehörigkeit auch die Beachtung der Arbeiterschutzbestimmungen einbezogen wurde und so ein für die Arbeitnehmer recht brauchbares Gesetz herauskam.

Den zweiten Kongressstag, „Alten Beratungen der tariflichen Verhältnisse in Schlesien“, dabei wurde insbesondere auf die Tarifpolitik des Bundes (Christliche Organisation) eingegangen. Diese Arbeiterorganisation bemüht sich, in jedem Orte einen Tarifvertrag abzuschließen, selbst wenn sie dort nur ein Mitglied hat. Solche einzelnen Verträge liegen durchaus im Unternehmerinteresse, da man auf diese Art eine Verlängerung der Arbeitszeit erreichen kann. Die Zahl der Tarifverträge, an denen der „Bund“ beteiligt ist, stieg nach

bisher Methode leicht von 68 auf 107, im umgekehrten Verhältnis fast aber die Zahl der an einem Vertrag Beteiligten von 184,4 im Jahre 1928 auf 26,5 im Jahre 1929. Bei gemeinsamen Verhandlungen in Berlin lehnte auch der Bund die Angebote der Unternehmern ab — jedoch nur, um dann hinter dem Rücken des Zentralverbandes einen noch schlechteren Vertrag abzuschließen. Aus den weiteren Verhandlungen ist die ausführliche Besprechung über das Gesetz betreffend die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften im Zusammenhang mit den tariflichen Bestimmungen noch zu erwähnen. Ein kurzer Vortrag behandelte das Verfahren beim Arbeitsgericht und die Durchführung der Zwangsvollstreckung. Die lebhafteste Debatte brachte u. a. den Wunsch zum Ausdruck, bei der Verhandlung der Gewerkschaftsartikel auch die Arbeitsverhältnisse der Gastwirtschaftsgehilfen zu berücksichtigen und Beratungen zeitlich so zu legen, daß diese Berufsgruppe sich beteiligen könne. Es bleibt bei dem ausgezeichneten Verlauf der Konferenz zu erwarten, daß sie dem weiteren Aufstieg der Organisation in jeder Beziehung dienen wird.

Zweiterlei Maß

In einer Breslauer Kuchelfabrik starb vor einigen Tagen eine Arbeiterin, die jahrelang dort beschäftigt war. Ein großer Teil ihrer Kolleginnen hatte den Wunsch, ihr bei der Bestattung an einem Nachmittage das Geleit zu geben. Als dies der Betriebsleitung übermittelt wurde, erfolgte folgender Anschlag:

Bekanntmachung.

Das Fernbleiben am heutigen Nachmittag ist nur für höchstens sechs Arbeiterinnen gestattet.

Es bleibt der Belegschaft überlassen, die Personen selbst zu wählen, welche fehlen sollen.

Falls weitere Arbeiterinnen fern bleiben, was hiermit ausdrücklich verboten wird, wird das Fernbleiben als beharrliche Arbeitsverweigerung angesehen und da dies Grund zur fristlosen Entlassung ist, wird davon den fehlenden Personen gegenüber Gebrauch gemacht.

Breslau, den 19. Mai 1930.

Die Geschäftsleitung.

Die Arbeiterinnen dieses Betriebes sind über das Verhalten der Firma mit Recht sehr empört. Abgesehen davon, daß es sich nur um den Ausfall einiger Arbeitsstunden handelt, waren die Arbeiterinnen auch bereit, sich diese Zeit vom Lohn abzuziehen zu lassen, doch der Machthandpunkt der Direktion lag das nicht zu. Als vor einiger Zeit ein Direktor dieses Unternehmens starb, da war es anders. Die ganze Belegschaft mußte feiern, damit der Herr Direktor eine würdige Bestattung erhielt. Also auch bei der Bestattung wird mit verschiedenen Maßnahmen gemessen.

Fortsetzung der Sozialversicherung für Gefangene

Einem umfangreichen Erlaß des Preussischen Justizministers entnimmt der Amtliche Preussische Pressedienst folgende Angaben: Für die Entlassenenfürsorge ist es von besonderer Bedeutung, daß den Gefangenen die Anwartschaft aus der Sozialversicherung während der Haft erhalten wird, soweit dies ge-

möglich ist. Die Gefangenen unterliegen, so auch im öffentlichen-rechtlichen Bestimmungen zur Arbeit herangezogen werden, nicht dem Versicherungszwang. Nach den gesetzlichen Bestimmungen würden daher bei entsprechendem Haftdauer die Anwartschaften aus der Invaliden-, Unfall- und Knappschaftlichen Rentenversicherung verloren gehen, während der Haft nicht die zu ihrer Erhaltung erforderlichen Schritte getan werden. Die Gefangenen sind über diese Bestimmungen oft nicht unterrichtet. Sie zeigen vielfach ein Aufrechterhalten der Anwartschaft kein Interesse, wodurch die Beiträge aus der Arbeitslohnung erfolgt, wodurch die Gefangenen hinsichtlich der Verwendung des Hausgeldes beschaffen werden, während die Vorteile aus der Versicherung meist lange Zeit nach der Entlassung (bei Eintritt der Invalidität) Erscheinung treten. Um so mehr ist es Pflicht der Justizbeamten auf die Erhaltung der Rechte sorgfältig Bedacht zu nehmen, folgt hierauf eine ausführliche Darstellung der Möglichkeiten, sich für den Gefangenen aus der Invalidenversicherung, der Unfallversicherung und der Knappschaftsversicherung ergeben. Die Bestimmungen können in Nr. 20 des Justizministeriumsblattes eingesehen werden.

Breslauer Produktenbörse vom 26. Mai 1930

Ämtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 26. Mai 1930. In der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen. Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis). Tägliche Ämtliche Notierungen (100 kg)

Getreide:	26.	24.
Weizen (schlesischer) Sektollergewicht von 74,5 kg Durchschnittsqual., gesund und trocken	282.00	280.00
Sektollergewicht von 76,5 kg gut, gesund und trocken	285.00	283.00
Sektollergewicht von 72,5 kg trocken für Mültereizwecke verwendbar	275.00	273.00
Roggen (schlesischer) Sektollergewicht von 71,2 kg Durchschnittsqual., gesund u. trocken	170.00	170.00
Sektollergewicht von 73 kg gut, gesund und trocken	—	—
Sektollergewicht von 70 kg trocken für Mültereizwecke verwendbar	168.00	168.00
Hafer, mittlere Art und Güte	150.00	150.00
Braugerste, feinste	—	—
gute	185.00	185.00
Sommergerste, mittlere Art und Güte	177.00	177.00
Wintergerste	168.00	168.00
Industrieernte	—	—

Tendenz: Stetig, Roggen durch Stützung gehalten.

Ämtliche Notierungen für Mültereizweckstoffe

	26.	24.
Weizenmehl (70%)	39.75	39.50
Roggenmehl (70%)	25.25	25.25
Roggenmehl: 45 Proz. 1 RMZL, 60 Proz. 2 RMZL, teurer.	—	—
Tendenz: Für Weizenmehl fester.	—	—

Delssaaten:

	26.	22.	26.	22.
Mittl. Art und Güte 1st. Ernte	—	—	—	—
Winterernte	—	—	—	—
Einlagen	33.00	33.00	—	—
Senflamen	—	—	35.00	33.00
Samflamen	—	—	28.00	28.00
Stammohn	—	—	74.00	72.00

RAMSAY MACDONALD

SEIN großes Werk und SEIN Charakter

von M. HAMILTON

muß jeder politisch Interessierte gelesen haben

Das broschurierte Exempl., statt 6 00 **NUR 1.25 RM.**
 Halbheften, statt 8 00 **NUR 3.50 RM.**

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
 Modernes Antiquariat
 Neue Graupenstr. 5 • Friedr.-Wilh.-Str. 105 • Flurstr. 4

Rama im Blauband

MARGARINE

Dieses Datum-Zeichen bürgt für frische Qualität

Verloren!
 Wertvolle Perlen-Kette (Andenken) von Klodnitzstraße bis Roseler Lustbad. Abzug. geg. Belohnung Klodnitzstraße 49, II., L.

Sport-Zelle
 Kette-Faltbootwerft Friedrichstraße 37.

Betten
 15, 18, 25, 30er
 Kissen 5, 6, 7, 50, 90er, rote
 Inletts verkauft 20.7
 Leibhaus Delsnerstr. 12, I.

Urania Möbel
 12 Monatshefte und 4 Bücher
 Das Preiswerteste
 Suche für 2 Jahre Stelle

Logis
 mit oder ohne Frühstück
 Off. unter B. 844 an die
 Geschäftsstelle d. Ztg.

Einzelne eig. Bücherschränke
 von 35.00 RM. an.
S. Brandt & Co.
 Gartenstraße Nr. 65, I
 (Nekt. Zirkelhal).

Arbeitsmarkt
Lehrmädchen
 für mechanische Stickerei bald gesucht. Meldungen bei Fritz Simmenauer Sonnenstraße 40, I. Etage

Ja der „Volkswacht“ haben Stellen-Angebote
 infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen

Kleine Wohnungen
 sind zum Verkauf
 mit oder ohne Möbel
 in ruhiger Lage
 in der Nähe des
 Hauptbahnhofs
 Preis 1000 RM. an
 die Geschäftsstelle d. Ztg.

Weitere Geständnisse des Düsseldorfster Massenmörders

Obwohl die Kriminalpolizei sich am Sonntag abend in offiziellen Bericht außerordentlicher Vorsicht und sogar gewöhnlichen Stillschließens hingewiesen, so gewinnen doch die Geständnisse Kürtens hinsichtlich der Ermordung der Ohligers und Scheer immer mehr an Glaubwürdigkeit. Allerdings waren die Aussagen im letzten Jahre in Düsseldorf an der Polizeidirektion, und vielleicht ist auch aus diesem Grunde die Verurteilung der offiziellen Verlautbarung der Polizei zu verstehen. Die heutige Tag wird auch hier weitere Klärung bringen. Kürten hat gestanden, daß er sein erstes Opfer, die neunjährige Ohligers, von der Straße in seine Wohnung gelockt hat. Dort hat er sie vergewaltigt und erstickt. Da seine Frau spät in die Nacht als Spül- und Aufwartefrau tätig war, konnte er sein Vorhaben ungehindert ausführen. Er nahm dann die Leiche und trug sie zu der Fundstelle. Nach seinem Geständnis beabsichtigte er, sie

mit Petroleum zu übergießen und anzuzünden. Die Ermordung des Scheer stand nach dem Geständnis Kürtens im Zusammenhang mit der Rosa Ohligers. Scheer Kürten bei der Tat beobachtet. Aus Furcht, Scheer könnte anzeigen, stand ihr schließlich Kürten fünf Tage später nieder. Augenblicklich noch umstritten ist die große Frage: Wenn Kürten ermordet hat, seine Opfer zu befehligen, warum hat er nicht das Mädchen, das er zuletzt vergewaltigte und das schließlich die Wohnung der Polizei anzeigte, nicht ermordet? Kriminalpolizei hat hierzu folgende Deutung: Kürten war des Abends, er habe das Mädchen, das an und für sich fremd in der Wohnung war, so in die Irre geführt, daß sie keine Wohnung mehr finden konnte. Er rühmte sich also sicher. Die Kriminalpolizei durchsuchte am Sonnabend den Wohnraum Kürtens. Hierbei wurden verschiedene Schriftstücke und eine Leiche mit zwei spitzen langen Scheren zutage gefördert. In der Matratze des Bettes fand man ein Sparbuch über 5000 Mark. Ferner wurden in einer Kiste 12 bis 15 abgenutzte Windjacken vorgefunden und in einer Ecke eine große Grabkammer.

Nach Angaben des Verhafteten bei der Vergrabung der Leiche der Maria Fahn in Wapenbell benutzt worden war. Im Verlauf der Vernehmungen Kürtens fand eine Gegenüberstellung Kürtens mit der Frau Meurer statt, die von ihm vergewaltigt und schwer verwundet wurde. Die Gegenüberstellung gestaltete sich äußerst dramatisch. Es waren in einem Zimmer des Polizeipräsidiums etwa 12 Kriminalbeamte anwesend, unter denen sich Kürten befand. Frau Meurer, die wegen der Dunkelheit nur eine oberflächliche Personenbeschreibung äußern konnte, sich aber deutlich der Stimme erinnerte, richtete an alle im Zimmer Anwesenden belanglose Fragen, die beantwortet wurden. Nachdem sie mit einigen Beamten gesprochen hatte, kam Kürten an die Reihe. Nachdem dieser nur wenige Worte gesprochen hatte, rief Frau Meurer aus:

„Dieser Mann ist der Täter!“

„Dieser Mann ist der Täter!“ Die Stimme und seine Gestalt sind die gleichen wie des Mannes, der mich verfolgte und niederstach. Auf die Frage der Frau Meurer: „Beschreiben Sie mich eigentlich“, erklärte Kürten ohne Zögern: „Ich habe Sie verfolgt, um Sie zu ermorden. Die Gegenüberstellung mit der Frau Meurer nahm einen ähnlichen Verlauf. Als Kürten in das Zimmer eintrat, sah sie sich einer Reihe von Kriminalbeamten gegenüber, unter denen sich wiederum Kürten befand. Mit schnellem Blick überflog die Schulte die Anwesenden, dann hob sie den Arm und zeigte mit der Hand auf Kürten: „Das ist der Mann, der mich unter dem Baumgarten angegriffen hatte, bestechte und schließlich niederstach.“

Das Polizeipräsidium teilt mit: Das Ergebnis der umfangreichen Arbeiten, die

nur dem Schreiber der Briefe bekannt sein konnten. Diese Fragen hat Kürten in einer Weise beantwortet, die seine Urheberschaft an den Briefen zweifelsfrei erscheinen läßt. Kürten wurde dann

Peter Kürten



der nach 15monatiger Suche verhaftete Verbrecher.

Der Schlupfwinkel des Mörders



Das Haus Weltmannstr. 71, in dem Kürten eine Dachwohnung (durch X gekennzeichnet) inne hatte.

durch den Sachverständigen veranlaßt, den Text seiner Briefe unter gleichen Bedingungen, d. h. auf ähnlichem Einwickelpapier mit Blaustift niederzuschreiben. Die dann vorgenommene Vergleichen der Originalbriefe mit den von Kürten neu hergestellten Briefproben

ergab völlige Übereinstimmung

und bestätigt in jeder Hinsicht den vorerwähnten objektiven Befund. Da der Schreiber der bekannten Mörderbriefe nach dem Inhalt der Briefe nur der wirkliche Mörder im Falle der Martha Fahn und der Gertrud Albertmann sein kann, so erscheint er auch durch das Ergebnis der Arbeiten des Schriftsachverständigen Dr. Schneider, neben dem sonstigen durch die Vernehmung geführten Beweis, als Täter in diesen beiden Fällen einwandfrei überführt.

Zuchthaus für Unzucht

Wegen Unzucht mit Todeserfolg wurde der 26 Jahre alte Schüler Karl Strauß vom Schwurgericht in Dresden zu einer Zuchthausstrafe von zehn Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Verlust verurteilt. Der Angeklagte hat Mitte März 1924 die 17 Jahre alte Schülerin Charlotte Erner aus Dresden vergewaltigt und erstickt. Die Nachforschungen nach dem Täter dauerten lange Zeit erfolglos. Vor drei Jahren meldete sich Karl Strauß auf der Dresdener Kriminalpolizei und bezeugte sich der Tat als Täter. Bald widerrief Strauß seine Aussagen, ohne daß man ihm Näheres nachweisen konnte. Ende März 1929 gab Strauß seine Selbstbezeugung wieder auf und erklärte sich zu ausführlicher Darstellung, daß an der Tat er nicht mehr zu zweifeln war. Vor dem Schwurgericht hielt Strauß das umfassende Geständnis, das er von innerer Not her abgelegt haben will, voll aus. Das Verbrechen hat sich so abgepielt, daß Strauß die 17jährige Schülerin in sein Zimmer lockte, vergewaltigte und, um ein Schreien zu verhindern, gleichzeitig würgte. Das Kind ist erstickt und nahm das Urteil an.

Die Lage in Wienburg

Die Lage in Wienburg hat sich, wie die Berichtspost anzeigt, weiter verschlechtert. Die Zahl der Hungertoten ist in der Woche ein Stüben der Hungertoten. Die Hilfsmittel mussten sich wieder ein geräumtes Stück Hungerhilfe zuzuschicken. In einer Straße hat sich ein Leichter gebildet.

Großfeuer bei Berlin

Nah dem Bahnhof Stralau-Kummelsburg bei Berlin brach auf dem der Reichsbahn gehörenden Gelände am Montag mittag ein Feuer aus, durch das in einer Ausdehnung von etwa 10 000 Quadratmeter eine ganze Anzahl von Lagerhuppen der Futtermittelfirma Vogel & Söhne vollständig eingestürzt wurden. Der angerichtete Schaden geht in die Millionen. Infolge der leichten Brennbarkeit des Lagermaterials und durch den herrschenden Wind konnten sich die Flammen mit außerordentlicher Geschwindigkeit ausbreiten. Zeitweise war sogar das nahe Hauptschaltwerk der Reichsbahn schwer bedroht. Die Feuerwehre war auf 15 Alarmstufe gesetzt, sie war mit ungefähr 100 Fahrzeugen zur Stelle — ein Rekord, der in Berlin überhaupt noch nicht vorgekommen ist. Durch die enorme Hitze gestalteten sich die Löscharbeiten lehrschwierig. Mit ungefähr 50 Kohren wurde Wasser gegeben. Drei Feuerwehrleute sind bei der Löscharbeit verletzt worden.

Zeppelin wieder in Pernambuco

Nach seinem 2500-Meilenflug nach Rio de Janeiro und zurück erschien der Graf Zeppelin um 8,25 Uhr örtlicher Zeit über Pernambuco. Zwei Flugzeuge der Aero-Postal-Co. umkreisten das Luftschiff während es dem Landungsplatz zusteuerte. Zwanzig Minuten später wurden die Unterteile abgeworfen. Die Landung verlief glatt. Die um 8,53 Uhr begonnene Verankerung beanspruchte nur 17 Minuten. Eine begeisterte Menschenmenge umsäumte das Flugfeld. Der Rückflug von Rio de Janeiro erfolgte bei besserem Wetter als der Hinflug. Mit den Vorbereitungen für den Weiterflug nach Havanna wurde sofort begonnen. Wie Associated Press aus Pernambuco berichtet, wird der Graf Zeppelin heute zum Weiterflug nach Havanna starten. Die genaue Stunde des Abfluges wurde noch nicht bekannt gegeben. Das Luftschiff wird in Havanna einen kurzen Aufenthalt zum Zwecke der Proviantaufnahme nehmen. Von Havanna aus wird der Graf Zeppelin über die Bahamas nach Lakehurst fliegen. Cedener gedenkt, am 9. Juni wieder in Deutschland zu sein.

Tod durch Schnaps

Der 17jährige Knecht Hirsch aus Pantow bei Schwerin wurde das Opfer einer Alkoholvergiftung. Der junge Mann war in einer Gastwirtschaft eine Wette eingegangen, in der er sich zum Trinken eines Riesenquantums von Schnaps verpflichtete. Wenige Stunden später verschied Hirsch infolge Alkoholvergiftung.

Maria Orstas Testament

Maria Orsta hinterließ ein Testament aus dem Jahre 1925. Die Künstlerin hat ihren Bruder und ihre Nichte zu Universalerben eingesetzt. Es heißt in dem Testament weiter, daß Maria Orsta nur habe gesund werden wollen, um den Willen zum Sterben aufzubringen. Diese und ähnliche Worte des Testaments, sowie ihre letzten Worte vor ihrer Sterbestunde „Ich möchte Ruhe haben“, betrachtet die Staatsanwaltschaft als absoluten Beweis für Selbstmord. Auf eine Obduktion der Leiche der Künstlerin ist infolgedessen verzichtet worden.

Weniger Schuttelei!

Um die Fahrt der Eisenbahnhänge ruhiger werden zu lassen und das Rörnde „Schuttelei“ nach Möglichkeit einzuschränken, läßt die Reichsbahn zunächst auf den großen P-D-Zugtrecken die Gleise mit 30 Meter langen, aus einem Stück gegossenen Schienen belegen. Die bisherige Schienenlänge betrug 15 Meter.

Die Fabrik als Ernteverflechterer

Vor ihrer beabsichtigten Flucht ins Ausland wurden die beiden Direktoren der größten polnischen Zuckerfabrik Puzm verhaftet. Es sind dieser Tage in der Fabrik riesige Mischbräue mit Chilealpeter, das von der Verwaltung als Zahlungsmittel für die Rübenbauern verwandt wurde, aufgedeckt worden. Das Chilealpeter war nämlich bis zu 40 Prozent mit Sand gefüllt, was zu einer ungemessenen Verschlechterung der Rübenenergie in den letzten Jahren geführt hatte. Das Quantum des gefälschten Salpeters beläuft sich auf über 40 000 Zentner jährlich.

Eine tolle Gaunergeschichte

Die Einrichtung einer Falschgeldfabrik — Erste Scheine als Falschgeld vorgewiesen

Die Pariser Polizei hat am Montag einen Ungarn und einen Russen verhaftet, die sich beide einem Trödler gegenüber stark gemacht hatten, eine Werkstatt für falsche Dollarnoten einzurichten. Der geschäftstüchtige Trödler schloß zur Einrichtung der Druckerei nicht weniger als 200 000 Franken vor. Seine Teilhaber kauften mit diesem Geld einige Dollarheine, die sie ihrem Kommanditär als eigene Fabrikation vorlegten. Dieser war entzückt über die vollendete Arbeit und gab nochmals 50 000 Franken heraus. Jetzt aber „explodierte“ plötzlich die Druckerei und der Dollarheine hörte auf, bevor er richtig begonnen hatte. Nach wilden Diskussionen kam der Trödler schließlich dahinter, daß er geneppt worden war. Er lief zur Polizei und ließ seine beiden Schuldner verhaften. Die Polizei nahm ihn selbst gleich mit fest, da sie seine eigene Rolle in der Affäre für nicht allzu sauber ansah.

Große Schädigungen von Pflanzungen durch Elefanten

Nach Meldungen aus Medan (Sumatra) vernichtete eine Herde von zwanzig Elefanten im Bezirke Beuruala tausende von Delpalmen. Eine Polizeistation mußte zu Hilfe gerufen werden, um die Tiere wieder aus den Pflanzungen zu vertreiben.

Der Australienflug Amy Johnsons

Die 23jährige englische Fliegerin Amy Johnson, die am 5. Mai in London aufgestiegen war, ist in Post Darwin auf australischem Boden angekommen. Die Blätter bringen spaltenlange Berichte über die Freudenreisen bei der Landung in Post Darwin und veröffentlichten zahlreiche Glückwunschkundgebungen, unter anderem vom König von England, von MacDonald, dem Luftfahrtminister und dem Premierminister von Australien.

Von der Würde der Flotte

In England ist infolge der Ergebnisse der Seekonferenz das Problem der Verwertbarkeit einer ganzen Reihe überflüssig gewordener großer Schlachtschiffe aufgelaucht. Der Wirtschaftstheoretiker E. H. C. Miles hat den Vorschlag gemacht, aus den Kriegsschiffen Wohnungen zu konstruieren. Die Schiffe müßten im Innern umgebaut werden, der Kamin oder der Turm abgebaut und durch eine Kabinenbrücke mit dem Festland verbunden werden. Die Abmraillierung gegen herabfallende Pläne. Abgesehen von den Umbaukosten und von der Schwere der Arbeit, die alle Materialabfälle der Umbau von Kriegsschiffen zu Wohnungen der Flotte der Flotte.

Tragischer Unfall eines Düsseldorfster Kindes

Die Düsseldorfster Polizei erhielt gestern nachmittag die Mitteilung, daß in der Hildebrandstraße ein Kind ermordet worden sei. Nach den ersten Feststellungen der Mordkommission gelangte man aber zu der Überzeugung, daß nicht Mord, sondern höchstwahrscheinlich ein tragischer Unfall vorliegt. Ein zehnjähriges Mädchen hatte sich aus bisher unbekanntem Grund ein Handtuch herart fest um den Hals gezogen, daß es erstickte, ohne daß jemand hätte Hilfe bringen können, da es allein in der Wohnung war. Die Wiederbelebungsversuche blieben leider ohne Erfolg.

Die Massenvergiftungen durch Speiseeis

Die Zahl der nach dem Genuß von Speiseeis erkrankten Erwachsenen und Kinder ist in Braunschweig auf 50 gestiegen, die alle in ärztlicher Behandlung stehen. Bei der bakteriologischen Untersuchung des von einem Straßenhändler feilgebotenen Eises, das die Erkrankungen auslöste, wurden Paratyphus-Bakterien festgestellt.

Auch in Detmold haben die Erkrankungen zugenommen. Die Zahl der betroffenen Kinder beläuft sich auf 39. Ferner gingen Meldungen über Erkrankungen aus Linneemannsbush und Holzhausen bei Schölar ein. Der Zustand der Erkrankten ist in keinem Fall als ernst zu bezeichnen, so daß die Beunruhigungen keinerlei Grund vorliegt. Das Ergebnis der Untersuchung des Speiseeises, das die Erkrankungen in den genannten Gemeinden auslöste, steht noch aus. Sie wird in Bad Drenthausen vorgenommen.

Ein neuer Todesfall in Südbah

Nach einer gestern morgen vom Gesundheitsamt herausgegebenen Mitteilung ist wieder ein mit Calmette-Kulturen behandelter Säugling verstorben. Die Zahl der Todesfälle hat sich damit auf 21 erhöht. Erkrankt sind zurzeit 98, 44 ärztlicher Beobachtung befinden sich 107, genesert sind 15 Säuglinge.

Der Mord bei Wölfsgrund

Das Mordopfer gefasst

In dem gestrigen Heft hat die Redaktion den Mord bei Wölfsgrund behandelt. Nach seiner Darstellung ist der Täter ein Mann, der im Jahre 1908 in der Nähe des Ortes Tatten einem Feldarbeiter ein Messer, eine Leinwandtasche und zwei Flaschen mit Wasser, von der Jagd Wölfsgrund ins Jagdgebiet fast und erwiderte sich dort unter Verfolgung von einem Schutzwächter einen Selbstmord, worauf er das im Kasse Güter entnommene Messer als Wund zurückschickte. Von Wölfsgrund aus begab er sich über Hirschberg nach Waldenburg und von dort in die Gegend bei G. Von Wölfsgrund wurde er am 18. Mai nach Wölfsgrund, wo er sich in unmittelbarer Nähe des Tatortes an einem Waldweg ein Lager herrichtete und dort den ganzen Tag über verblieb. Den Entschluß, einen Handlungsbau zu begehen, will er angeblich erst hier gefaßt haben. Von seinem Lagerplatz aus, der ihm eine gute Uebersicht über einen Teil der Abbruchstraße gestattete, laurte er auf sein Opfer.

In den Abendstunden, etwa gegen 10 Uhr am 18. Mai, sah er eine Frau, es handelte sich um Frau Dr. Wölfsgrund aus Berlin, die Abbruchwerke herunterkommen und nach Wölfsgrund gehen. Er ging dieser möglichst unauffällig entgegen und entlich ihr im Augenblick des Vorübergangs die Handtasche. Ehe er sich jedoch entfernen konnte, kam er Frau Dr. Wölfsgrund laut rufend auf dem Täter zu. Dieser wehrte sich, um sich zu befreien. Da Frau Dr. Wölfsgrund noch immer laut schrie, schrie sie auch, um die Hände der Frau Dr. Wölfsgrund zu hindern. Im Verlauf des Ringens will der Täter mit seinem Opfer hingefallen sein und angeblich einen zufälligen Schlag in der Nähe des linken Halses ergriffen haben, mit dem er, um die Frau, die noch immer schrie, zum Schweigen zu bringen, mit großer Kraft blindlings auf sie einschlug. In dem Bestreben, nunmehr das Opfer möglichst schnell vom Wege herunterzubringen, schloß er sie nach dem etwa 10 Meter entfernten liegenden Büchelbach. In legend einer Anwendung, für die er eine Erklärung nicht geben kann, hat er dann einen Strauß Mattflansen, welche er an der Uferböschung ablegte, auf die Leiche gelegt. Die geraubte Handtasche mit dem Geldinhalt will Neugebauer bereits bei Beginn des Ringens mit der Frau mitgenommen in das Gebüsch geworfen haben. Er bestreitet, den Geldbetrag daraus entnommen zu haben, sondern will nach Durchführung der Tat kopflos, ohne noch an die Leiche zu denken, geflüchtet sein. Diese Angabe entspricht offenbar den Tatsachen. Nach der Tat flüchtete der Mörder über Maria Söhner in der Richtung nach Wölfsdorf, wo er am nächsten Tage als entlaufener Juchthäuser erkannt und festgenommen wurde.

Eifersuchtstragödie bei Hirschberg

In der vergangenen Nacht hat in Hirschberg bei Hirschberg der arbeitende Tischler Paul Adolf seine 31jährige Ehefrau und dann sich selbst durch Kopfschüsse getötet, nachdem er sie aus Eifersucht schon mehrfach mit dem Tode bedroht hat. Die Tat wurde erst heute morgen entdeckt. Bei den Leichen hielten sich die beiden drei und vier Jahre alten Kinder des Ehepaares auf. Der Mann ist Qualschmerzhaft; die von der Frau eingeleitete Ehescheidung dürfte den letzten Anlaß zu der Tragödie gegeben haben.

Nazis und Kommunisten

Im Kreise Reichsbach gehen die Rogen der nationalsozialistischen Bewegung hoch. Einer der übelsten Propagandisten ist der nationalsozialistische Führer Danisch, aus Reichsbach. Unter seiner Führung wurden am 19. Februar einige Arbeiter mißhandelt. Als Danisch am 20. Februar mit einigen Nationalsozialisten zu einer Versammlung nach Dittmannsdorf fuhr, wurde er seinerseits von einem Trupp Kommunisten überfallen und schwer verletzt, so daß er mehrere Wochen im Krankenhaus zubringen mußte. Wegen dieses Überfalles hatten sich nun die Kommunisten Neumann, Gieseler und Tadel vor dem Schöffengericht in Schweidnitz zu verantworten. Die Anklage lautete auf schwere Körperverletzung und Landfriedensbruch. Trotz 37 Zeugen konnten die Angeklagten nicht überführt werden. Der Hauptbelastungszeuge Danisch mußte seine früheren Aussagen erheblich einschränken und zugaben, daß er nicht mit Bestimmtheit auslegen könne, ob Tadel und Gieseler an dem Überfalle beteiligt waren. Das Gericht erkannte daher auch auf Freispruch der drei Angeklagten.

Nach Aussage des Angeklagten Neumann soll Danisch derjenige gewesen sein, der bei dem Überfall auf die sozialdemokratische Versammlung im Volkspark in Schweidnitz das Kommando „Mähen auf“ gegeben habe.

Riesige Steinprengung

Das niedersteißige Basaltwerk Talschenhof nahm am Sonnabend eine riesige Sprengung an „Rahlen Berg“ vor, die wohl die größte Steinprengung gewesen sein dürfte, die jemals in Schlefien durchgeführt hat. Es geht eine 60 Meter hohe Wand unterhalb des Berggipfels abzubauen. Die Vorbereitungsarbeiten dauerten drei Monate. In den Berg wurde ein 28 Meter langer Minengang gehöhrt. Zu der Sprengung benützte man 88 Zentner Ammonitpulver. Von berittenen Landjägern wurde der „Rahle Berg“ in einem Umfang von 4 Kilometern abgeleert. Nach der Zündung fing der Berg an, sich zu bewegen. Erst langsam, dann immer schneller. Ein fürchteres Dröhnen und Grollen erstreckte über 2 Millionen Zentner Steine prasselten ins Tal hinunter. Stundenlang wurde dann die Bergkuppe in eine weiße Staubwolke eingehüllt. Es dauerte die ganze Nacht hindurch, bis die stützenden Steinmassen wieder zur Ruhe kamen. Die Sprengung kostete die staatliche Summe von 15 000 Mark.

Die Innere Mission und ihr Werk

18 000 Betten; wer hat sie bezahlt?
Der Schlefische Provinzialrat für Innere Mission, der Evangelische Wohlfahrtsverband, hielt am 25. und 26. Mai seine Jahresversammlung in Glogau ab. Seine Aufgaben sind nach einem der Presse überlieferten Bericht: die Pflege der außerordentlichen Wortverkündung (?), der Evangelisation (I) und Weltanschauungslehren (I), ferner die Unbeständigkeit im eigenen Glauben, der er sich in angeblich über 1000 Magischen und Wirtungen nicht mehr als 10 000 Betten unterteilt.

Wir wollen diesen Apparat und seine Leistungen nicht bezweifeln, wählten nur gerne, in welchem Umfang er von der öffentlichen Hand, von Behörden, der Provinz etwa, unterstützt wird. Tatsache ist doch, daß alle diese Einrichtungen, Krankenhäuser, Krüppelanstalten usw. fast ausschließlich mit Steuern und Steuern finanziert werden. Der Kandidat, durch die Innere Mission die öffentlichen Zuschüsse zu erhalten, sind natürlich nicht die einmal aufzubeden, wenn keine Steuern und Steuern sind. Was ist das für ein Apparat und seine Leistungen? In welchem Umfang wird die Innere Mission durch die öffentlichen Zuschüsse unterstützt? Die Innere Mission ist ein Apparat, der die öffentlichen Zuschüsse zu erhalten, sind natürlich nicht die einmal aufzubeden, wenn keine Steuern und Steuern sind. Was ist das für ein Apparat und seine Leistungen? In welchem Umfang wird die Innere Mission durch die öffentlichen Zuschüsse unterstützt?

Wenn die Innere Mission über ihre Einrichtungen berichtet, sollte sie Kapitalerträge auch über ihre Bekanntheit aus der öffentlichen Hand Ausschluß geben. Sonst erweist sie in der Öffentlichkeit ein solches Bild von ihren Leistungen. Oder sollte das etwa die Aufgabe sein?

Sah, Schimmel, häh . . .

Die „Vörlitzer Volksgelung“ berichtet: Der Eisenbahnhilfsarbeiter Friedrich Langner aus Vörlitz war durch wirtschaftliche Schwierigkeiten in eine bezorgte Notlage geraten, daß er beschloß, zusammen mit seinem Kinde aus dem Leben zu scheiden. Er drehte zu diesem Zweck in der Küche den Gasahn auf und erwartete, sein Kind auf dem Arm, den er schliefen sah. Durch das rasche Eingreifen der von der Ehefrau alsbald benachrichtigten Polizei gelang es aber, den Verzweifelteten und sein Kind zu retten.

Das gerichtliche Nachspiel dieser Familientragödie endete vor dem Schwurgericht in Vörlitz mit einer Verurteilung des Angeklagten wegen versuchten Totschlages an seinem Kinde zu sechs Wochen Gefängnis, die das Schwurgericht als gesetzliche Mindeststrafe ansah. Die gesetzliche zulässige Mindeststrafe lautet aber auf einen Monat und fünfzehn Tage Gefängnis.

Da ein Monat und fünfzehn Tage nicht ausgereicht daselbst sind, wie sechs Wochen, legt die Staatsanwaltschaft Revision ein und erreichte, daß das Reichsgericht sich ernsthaft mit dieser Frage beschäftigte, das Urteil tatsächlich aufhob und dem Vörlitzer Gericht aufgab, nun erneut das Verbrechen der Lebensmüdigkeit des Langner statt mit sechs Wochen mit einem Monat und fünfzehn Tagen zu bestrafen. Der Amtsrichter läßt sich eben durch nichts als allgewogenen Wahnsinn bringen.

Den Rivalen erschossen

Am Sonnabend wurde der Birt des Sozialen Schichtwerder in Reußen OS, Köllin, von einem Dreher Forzud aus Chorow durch vier Revolverkugeln tödlich verletzt. Forzud richtete dann die Waffe gegen sich selbst, dürfte aber trotz schwerer Verletzungen mit dem Leben davonkommen. Die Ursache der in Reußen ziemlich häufigen Ausschüsse ist in der Eifersucht des Forzud zu suchen, dessen Frau mit Wollan Beziehungen angeknüpft und ihren Mann bereits zweimal verlassen hatte. Das erste Mal tötete sie nach einer erregten Aussprache zu ihrem Mann auch, während das zweite Mal Forzud sinnlos vor Eifersucht die Waffe gegen den Rivalen erhob. Als er ihn niedergerückt hatte, jagte er seine Frau in der Wohnung des Gattwirts, fand sie aber nicht und versuchte nun, sich selbst zu erschlagen.

Konjunktionsubiläum in Pommern-Schlesien

Die Tatsache, daß der derzeitige deutsche Generalkonsul von Grünau (er ist zugleich der erste seines Namens und von Wilhelm dem Regien gabelt, legt aber offenbar nicht geringen Wert auf die Verwendung des adeligen Namensteils) sein Amt fünf Jahre hindurch verlehnt hat, veranlaßte die reichsdeutsche Kolonie in Pommern-Schlesien, nach allgemeinem Brauch eine familiäre Jubiläumfeier in Emanuel'slegen zu veranstalten, zu der auch namhafte Vertreter der deutschbürgerlichen Gemeinde erschienen und Reden über die heutige Kultur- und Wirtschaftslage hielten. Pommernische Nationalisten regten sich nun selbstverständlich über dieses Fest erheblich auf, was gegen von Seiten der deutschen Minderheit auf die Beibehaltung pommernischer Konjunktionsbehalter bei polnischen Minderheitsfestlichkeiten in Deutschland hingewiesen wird.

Ob das Vorgehen der pommernischen Konjunktionsbehalter unbedingt ein nachahmenswertes Beispiel abgibt, mag dahingestellt sein. Jedenfalls wurde mit die dem Fest die Verbindung des deutschen diplomatischen Vertreters in Rattowitz, der auf Grund der dortigen Situation nun einmal eine besondere Stellung einnimmt, mit der sich zum lokalen polnischen Staatsbürgertum bestimmenden bürgerlichen Vertretung der Minderheit äußerlich mehr wie unbedingt nützlich betont. Der eigentliche politische Zweck dieses Festes, das an sich sehr harmlos war, scheint aber auf einem ganz anderen Gebiet zu liegen, scheint es eine Art Bekräftigung der deutsch-katholischen Volkspartei mit dem Vorhandensein eines protestantisch-konservativen Vertreters Deutschlands in Rattowitz gewesen zu sein. Nach dem auch diesseits der Grenze bekannten katholisch-konfessionellen Prinzip, Verwaltungs-politik nach der Religionszugehörigkeit zu organisieren, wurde seit einiger Zeit auch außerhalb Pommern-Schlesiens lebhaft Stimmung für einen mit katholischen Reichswasser gesegneten Generalkonsul gemacht. Die Anwesenheit Dr. Pantz, des Führers der deutsch-katholischen Partei in der Wojewodschaft, und die freundlichen Trinkprüche scheinen nun aber darauf hinzuweisen, daß man sich einstimmen mit dem Vorstehen der Hera Grünau abgefunden hat.

Greiffenberg. Eifersucht mordet. Nachts gegen 1 Uhr hat in der Gerberstraße der 17jährige Schmiedelehrling Walter Fichtner in seiner Schlafkammer die hausangehörte Hilde Kuhnert aus Schodorf durch einen Schuß schwer verletzt. Die Kugel durchschlug den Hals und streifte die Stirn des Mädchens. Darauf löstete sich Fichtner selbst durch einen Schuß. Die beiden jungen Leute wurden erst morgens gegen 6 Uhr aufgefunden und das Mädchen sofort in ärztliche Behandlung genommen. Der Beweggrund der Tat soll Eifersucht gewesen sein.

Preßlau. Das geliebte Motorrad. Auf der Straße Sagen-Preßlau stürzte der Schriebelehrling W. M. an mit einem Motorrad, das er sich geliehen hatte und offenbar nicht mehrerte. Er wurde gegen einen Baum geschleudert und daran schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf verstarb.

Greiffenberg. Das Gas wird teurer. Die Aktien Gas G. O., die in Greiffenberg befinde, die Gasgabe vergrößert, hat den Gaspreis ab 1. Juni um einen Pfennig, das ist ein Gaspreis von 21 Pf. für den Kubikmeter, erhöht.

Waldenburg. Kreis Waldenburg. Städtisches Wohnungsausschuss. In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde Mitteilung gemacht, daß vom Reichsinnenministerium die Verfügung von 600 reichsdeutschen Wohnungen im Ortsteil Wollmuthsberg in Waldenburg gekauft worden ist. Die Wohnungen sollen 30 Jahre lang Eigentum des Reiches bleiben, aber von der Gemeinde verwaltet werden. Grund und Boden

Jetzt gibt es
Pixavor
die wundervolle goldklare Haarwacheife
für jedes Haar, auch als Shampoo
für 30 Pfennig

Waldenburg. Explosion im Stickstoffwerk. In der Fabrik des Stickstoffwerkes der Hirschberger Bergbauverwaltung ereignete sich eine Explosion. Der Betriebsingenieur Geben, ein Monteur und ein Arbeiter erlitten schwere Verletzungen und mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Waldenburg. Raubüberfall im Hause. In dem Hause des Bauherrn Wolf Meyer wurde in Waldenburg am Sonnabend ein Raubüberfall unternommen. Zwei der Banditen klopften die Tür der Wohnung und hielten dem öffnenden Mädchen eine Revolver vor. Sie drangen in die Küche, wo sich Meyer mit seiner Frau und einem zweiten Mädchen aufhielt. Ein Täter verlangte Geld. M. erklärte sich bereit, den Schreiberlich zu öffnen, welchen der eine dann durchwühlte, während der zweite in die Küche Frau und Dienstmädchen in Schach hielt. Meyer entließ aber aus dem Fenster, des Schlafzimmers und löste im Draußen wartete jedoch der Dritte im Bunde, der die beiden anderen nun herausholte. Die Täter fielen entflohen. Geld wurde nicht geraubt, weil keine vorhanden war.

Waldenburg. Festung zu vermieten. Die Stadt Waldenburg kann die Instandsetzungsarbeiten der alten Festung nicht mehr tragen und ist jetzt dazu übergegangen, Interessenten die Festung und ihre Forts, die die Unterhaltung und Wiederherstellung übernehmen, zu vermieten. Das Fort Spitzberg ist bereits Jugendherberge geworden, das Fort W. wird zum Sportplatz der Frankfurter Volkshochschule ausgebaut, das Fort S. wird eine Festung in Form angelegt, das Fort H. wird in den nächsten Wochen als Breslauer Schule, Kriminal- und Verwaltungsschule einbezogen, da auch dieses Forts zu einem Sport- und Erholungsheim ausgebaut wird. Eine Verwendungsmöglichkeit des Forts S. bisher noch nicht gefunden.

Waldenburg. Biergärtner Birkenblätter. In der Waldenburg wurden diese Tage seitliche, daß von jungen Birken die frischen grünen Blätter abgehackt worden waren. Hunderte von Birken standen so völlig kahl da. Die Birken, die die Blätter gefressen hat, konnte nicht ermittelt werden. Über 40 Zentner dieser Birkenblätter hat ein Striegauer Teuchandlung gekauft. Die ungewöhnlichen Tiere werden wegen Diebstahls, die Firma wahrscheinlich wegen Fehler zur Rechenschaft gezogen werden.

Waldenburg. Großfeuer. In der Ostdeutschen Dachpappefabrik brach am Sonnabend ein Feuer aus, das infolge der reichen Teervorräte ungeheuer schnell um sich griff und die ganze Fabrikanlage vernichtete.

Waldenburg. Bigamie. Ein aus der Provinz Westpreußen stammender ehemaliger Kriegsteilnehmer namens Krause, der verheiratet und Vater zweier Kinder ist, schrie nach Kriegsende nicht nach Hause zurück, sondern verheiratete sich in Westpreußen eines toten Kameraden und zog nach Waldenburg, wo er bald darauf unter dem Namen van Doerkrate wieder heiratete. Durch Begegnung mit einem Bekannten aus der Ehe kam das Doppelleben des Krause nach zehnjähriger Ehe ans Tageslicht. Krause wurde nun wegen Bigamie verhaftet.

Waldenburg. Kreis Neustadt OS. In der Kreisgrube verhängte. In der Gemeindegärtnerei hütete ein achtjähriges Mädchen Ziegen. Dabei lösten sich plötzlich Riesmaul. Das Kind wurde regelrecht verschüttet; doch gelang es herbeieilenden Helfern, die durch die Geschwister der Kleinen alarmiert wurden, das Kind zu retten.

Waldenburg. Kreis Glatz. In der Kreisgrube verhängte. In der Gemeindegärtnerei hütete ein achtjähriges Mädchen Ziegen. Dabei lösten sich plötzlich Riesmaul. Das Kind wurde regelrecht verschüttet; doch gelang es herbeieilenden Helfern, die durch die Geschwister der Kleinen alarmiert wurden, das Kind zu retten.

Waldenburg. Kreis Glatz. In der Kreisgrube verhängte. In der Gemeindegärtnerei hütete ein achtjähriges Mädchen Ziegen. Dabei lösten sich plötzlich Riesmaul. Das Kind wurde regelrecht verschüttet; doch gelang es herbeieilenden Helfern, die durch die Geschwister der Kleinen alarmiert wurden, das Kind zu retten.

Waldenburg. Kreis Glatz. In der Kreisgrube verhängte. In der Gemeindegärtnerei hütete ein achtjähriges Mädchen Ziegen. Dabei lösten sich plötzlich Riesmaul. Das Kind wurde regelrecht verschüttet; doch gelang es herbeieilenden Helfern, die durch die Geschwister der Kleinen alarmiert wurden, das Kind zu retten.

Waldenburg. Kreis Glatz. In der Kreisgrube verhängte. In der Gemeindegärtnerei hütete ein achtjähriges Mädchen Ziegen. Dabei lösten sich plötzlich Riesmaul. Das Kind wurde regelrecht verschüttet; doch gelang es herbeieilenden Helfern, die durch die Geschwister der Kleinen alarmiert wurden, das Kind zu retten.

Waldenburg. Kreis Glatz. In der Kreisgrube verhängte. In der Gemeindegärtnerei hütete ein achtjähriges Mädchen Ziegen. Dabei lösten sich plötzlich Riesmaul. Das Kind wurde regelrecht verschüttet; doch gelang es herbeieilenden Helfern, die durch die Geschwister der Kleinen alarmiert wurden, das Kind zu retten.

Waldenburg. Kreis Glatz. In der Kreisgrube verhängte. In der Gemeindegärtnerei hütete ein achtjähriges Mädchen Ziegen. Dabei lösten sich plötzlich Riesmaul. Das Kind wurde regelrecht verschüttet; doch gelang es herbeieilenden Helfern, die durch die Geschwister der Kleinen alarmiert wurden, das Kind zu retten.

Waldenburg. Kreis Glatz. In der Kreisgrube verhängte. In der Gemeindegärtnerei hütete ein achtjähriges Mädchen Ziegen. Dabei lösten sich plötzlich Riesmaul. Das Kind wurde regelrecht verschüttet; doch gelang es herbeieilenden Helfern, die durch die Geschwister der Kleinen alarmiert wurden, das Kind zu retten.

Waldenburg. Kreis Glatz. In der Kreisgrube verhängte. In der Gemeindegärtnerei hütete ein achtjähriges Mädchen Ziegen. Dabei lösten sich plötzlich Riesmaul. Das Kind wurde regelrecht verschüttet; doch gelang es herbeieilenden Helfern, die durch die Geschwister der Kleinen alarmiert wurden, das Kind zu retten.

Waldenburg. Kreis Glatz. In der Kreisgrube verhängte. In der Gemeindegärtnerei hütete ein achtjähriges Mädchen Ziegen. Dabei lösten sich plötzlich Riesmaul. Das Kind wurde regelrecht verschüttet; doch gelang es herbeieilenden Helfern, die durch die Geschwister der Kleinen alarmiert wurden, das Kind zu retten.

Waldenburg. Kreis Glatz. In der Kreisgrube verhängte. In der Gemeindegärtnerei hütete ein achtjähriges Mädchen Ziegen. Dabei lösten sich plötzlich Riesmaul. Das Kind wurde regelrecht verschüttet; doch gelang es herbeieilenden Helfern, die durch die Geschwister der Kleinen alarmiert wurden, das Kind zu retten.

Waldenburg. Kreis Glatz. In der Kreisgrube verhängte. In der Gemeindegärtnerei hütete ein achtjähriges Mädchen Ziegen. Dabei lösten sich plötzlich Riesmaul. Das Kind wurde regelrecht verschüttet; doch gelang es herbeieilenden Helfern, die durch die Geschwister der Kleinen alarmiert wurden, das Kind zu retten.

Waldenburg. Kreis Glatz. In der Kreisgrube verhängte. In der Gemeindegärtnerei hütete ein achtjähriges Mädchen Ziegen. Dabei lösten sich plötzlich Riesmaul. Das Kind wurde regelrecht verschüttet; doch gelang es herbeieilenden Helfern, die durch die Geschwister der Kleinen alarmiert wurden, das Kind zu retten.

Waldenburg. Kreis Glatz. In der Kreisgrube verhängte. In der Gemeindegärtnerei hütete ein achtjähriges Mädchen Ziegen. Dabei lösten sich plötzlich Riesmaul. Das Kind wurde regelrecht verschüttet; doch gelang es herbeieilenden Helfern, die durch die Geschwister der Kleinen alarmiert wurden, das Kind zu retten.

Waldenburg. Kreis Glatz. In der Kreisgrube verhängte. In der Gemeindegärtnerei hütete ein achtjähriges Mädchen Ziegen. Dabei lösten sich plötzlich Riesmaul. Das Kind wurde regelrecht verschüttet; doch gelang es herbeieilenden Helfern, die durch die Geschwister der Kleinen alarmiert wurden, das Kind zu retten.

Waldenburg. Kreis Glatz. In der Kreisgrube verhängte. In der Gemeindegärtnerei hütete ein achtjähriges Mädchen Ziegen. Dabei lösten sich plötzlich Riesmaul. Das Kind wurde regelrecht verschüttet; doch gelang es herbeieilenden Helfern, die durch die Geschwister der Kleinen alarmiert wurden, das Kind zu retten.

Ein Geschenk Stegerwalds

Er verlängert nicht die Bezugsdauer für Reisenunterstützung — aber er erinnert an die Möglichkeit des Gegenteils

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat heute einen Erlass über die Dauer der Reisenunterstützung herausgegeben, der bei den Arbeitslosen bittere Entrüstung hervorgerufen hat. Er enthält nichts über eine Abkürzung des Personentrafes oder eine Verlängerung der Bezugsdauer. Der Minister sorgt sich lediglich, daß selbst die gewöhnliche Bezugsdauer von 36 Wochen eventuell zu reichlich sein könne. Er bringt daher in Erinnerung, daß die für die Unterstüfung zuständige Stelle die Unterstüfung auf einen kürzeren als dem höchst zulässigen Zeitraum beschränken kann, begründete Aussicht besteht, daß es dem Arbeitslosen sein wird, innerhalb des verkürzten Zeitraums sich durch eigene Bemühung eine Arbeit zu verschaffen, deren Ablehnung die Unterstüfung nach sich zöge. Die Beschränkung ist auch noch nachträglich während des Bezuges der Unterstüfung ausgesprochen werden.

Also auch wenn das Arbeitsamt dem Arbeitslosen keine Arbeit nachweisen kann, auch wenn in keiner Weise feststeht, daß der Arbeitslose anderweitig Arbeit abgelehnt hat, sollen die Behörden nach Möglichkeit die heute ungenügende Bezugsdauer für die Reisenunterstüfung noch weiter beschränken und den Arbeitslosen der gemeindlichen Wohlfahrtspflege aufhalten. Kennt denn der Reichsarbeitsminister die unhaltbaren Verhältnisse in der Krisenfürsorge nicht? Was sollen derartige Beschränkungen in einer Zeit, wo die Notwendigkeit der Beschränkung der Reisenunterstüfung fast in allen Kreisen anerkannt wird und wo der Vorstand der Reichsanstalt mit der Forderung der Verlängerung der Bezugsdauer für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit gefordert hat?

Schiedsspruch für Nord-West

Hannover, 27. Mai. (Eig. Funkenbericht.) In Bad Deynhausen wurde am Montag abend nach langwierigen Schlichtungsverhandlungen für die Nordwestgruppe der Eisenindustrie ein Spruch in der Lohn- und Preisfrage gefällt. Der Spruch schlägt die Aufhebung jener Klotzklause vor, die derzeit nach dem großen Kampf der Metallarbeiter von dem Reichsminister des Innern, Seegering, festgelegt wurde, daß vorläufig geltende Tarifverträge nicht verändert werden dürfen, mit Ausnahme der wesentlichen technischen und organisatorischen Änderungen oder Neuerungen in der Eisenindustrie erforderlich. Die Arbeitgeber verpflichten sich als Äquivalent zur Senkung der Eisenpreise. Sie machten gleichzeitig folgendes Gebot:

Es soll eine Ersparnis bis zu 10 Prozent der Gesamtkosten der Gehaltssummen eintreten. Die Tarifgehälter und Tarife sollen bleiben dabei unberührt. Gleichzeitig bieten die Arbeitgeber an, den Klotzbesitz der Hilfsarbeiter und den Lohnsatz im Zeitlohn entlohnten 21-jährigen Arbeiter unbeschadet des geltenden Lohnsatzes um ein Geringes zu erhöhen. Auf der anderen Seite soll die Minderung der Verdienste der Arbeiter dann eintreten, wenn die Eisenindustrie den Preisabbau im Monat vorher durchführt, und zwar in einem Umfang, der mindestens dem Ausmaß der zu ersparenden Lohn- und Gehaltssummen entspricht. Die Gesamtkosten im Bezirk der Eisenindustrie Nordwest beträgt rund 530 Millionen Mark jährlich, so daß theoretisch eine Ersparnis von 53 Millionen Mark erzielt würde. Praktisch rechnet man jedoch nur mit rund 10 Millionen Mark Ersparnis, weil Härten im Lohnabbau nach Möglichkeit vermieden werden sollen.

Die Forderungen der Schlichter wurden in dem Schiedsspruch zum Teil anerkannt. Es wurden jedoch auch einige Abänderungen des bisherigen Rahmentarifs zugunsten der Arbeitgeber vorgenommen. Der Schiedsspruch soll wegen seines vorübergehenden Charakters bis zum 31. Mai 1931 befristet sein. Er kann erstmalig am 1. April 1931 gekündigt werden. Die Fristen für die Parteien läuft am 2. Juni ab.

Ausperrung in der Krefelder Baumwollindustrie

haben einen 25prozentigen Lohnabbau nicht hingenommen. In der Krefelder Baumwollspinnerei ist es zur Ausperrung gekommen. Vor kurzem hatte die Firma durch den Beschäftigtenrat bekannt gemacht, daß sämtliche Arbeiter gekündigt werden und nur die Arbeitskräfte, die sich bereit erklärten, zu den bisherigen Lohnhöhen weiterzuarbeiten, mit ihr ein neues Arbeitsverhältnis eingehen könnten. Der von der Firma vorgeschlagene Lohnabbau in Höhe von 10 bis 25 Prozent für die Arbeiter eine besonders harte Zumutung, da vornehmlich bei Überforderung des Arbeitsmaßes durch persönliche Mängel eine Herabsetzung der Lohnhöhe nicht erfolgen sollte. Die Arbeiter haben sich dem Diktat der Firma nicht gefügt. Am Montag erfolgte die Ausperrung.

Österreich will die Arbeitslosenunterstützung verschlechtern

In Österreich will die Regierung ähnlich wie in Deutschland die Arbeitslosenunterstützung verschlechtern. Während bisher der Nachweis einer versicherungspflichtigen Beschäftigung von 20 Wochen innerhalb der letzten Monate für den Unterstüfungszug notwendig war, soll nunmehr die Unterstüfung von einer Beschäftigungsdauer von 52 Wochen innerhalb der letzten zwei Jahre abhängig gemacht werden. Der Unterstüfungszug soll auf die Dauer von 21 Wochen begrenzt bleiben. Die frei organisierte österreichische Arbeiterchaft steht in entschlossener Kampffront gegen jede Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung.

Der Bundestag der Kriegsbeschädigten

Recht am Reichsverordnungsgeheh Mainz, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem 5. Bundestag der Kriegsbeschädigten erstattete Bundesvorsitzender Pfänder am Montag den Geschäftsbericht.

Außer der 5. Novelle zum Reichsverordnungsgeheh — so erklärt der Redner — sei in der Gesetzgebung kein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen. Hinsichtlich der Heranziehung des Reiches zu der Unterhaltungspligt für die Kinder der Gefallenen seien die Forderungen des Bundes nicht erfüllt worden.

Bundestagung der technischen Angestellten

Im Vordergrund: Die Arbeitslosennot — Forderung auf Ausbau der Reisenunterstützung Die Mängel der Arbeitsschutz- und Bergarbeitsgesetzentwürfe

Am Montag wurde in Köln der 7. ordentliche Bundestag des Bundes technischer Angestellten eröffnet. Geschäftsführer Schweiger, Berlin, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, ergänzte in ausführlichen Darlegungen den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht und berührte vor allem die Arbeitslosennot, die die technischen Angestellten besonders stark trifft. Am 1. Februar 1930 seien bei der Gesamtheit der Angestellten auf eine offene Stelle 14 Bewerber gekommen, bei den Technikern jedoch 40. Der tatsächlich bestehende Kapitalmangel sei in erster Linie mit auf die unheilvolle Tätigkeit der Beratungsstellen für Auslandsanleihen zurückzuführen. Daher fordere der Bund die Aufhebung dieser Beratungsstellen und eine planmäßige Förderung der Einfuhr ausländischen Kapitals. Daneben forderte er Maßnahmen zur Belebung des Baumarcktes und die ungeschmälerter Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung sowie den Ausbau der Reisenunterstützung. Erfolgreiche Erfolge habe der Bund in diesem Jahre bei seinem Kampfe gegen das Berechtigungswejen erzielt. In der Tarifpolitik habe die Verschlechterung der Wirtschaftslage zu einer begreiflichen Zurückhaltung geführt. Bei den Betriebsräte-wahlen habe der Bund recht gut abgeschnitten. Die Gesamtmitgliederzahl betrage zurzeit über 69 000.

Alle Anträge zum Geschäftsbericht, die sich mit dem Ausbau der Angestelltenversicherung, mit der Arbeitslosenversicherung, dem Berechtigungswejen usw. befaßten, wurden einstimmig angenommen. In einer ebenfalls einstimmig angenommenen Entschließung des Bundesvorstandes zur Saarfrage erwartet der Bundestag von der Reichsregierung, daß die Forderung der Saarbevölkerung nach einer vorbehaltlosen und ungeteilten Rückgabe aller Gruben und Kohlenfelder an die Länder Preußen und Bayern erfüllt wird. Die Reichsregierung müsse es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansehen, die Fortschritte der deutschen Sozialgesetzgebung in der Nachkriegszeit sobald als möglich auch

Die zahlreichen Beteuerungen, daß man gern helfen möchte, daß es aber an Geld fehle, könnten den Kriegsbeschädigten nichts nützen. Es sei eine große Unverschämtheit, wenn vom Zentralverband der Kriegsbeschädigten, der gegnerischen Organisation, in öffentlichen Versammlungen behauptet werde, daß der frühere Arbeitsminister Wiffel und der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Rohmann für Einschränkungen der Kriegsbeschädigtenbezüge in der Arbeitslosenversicherung eingetreten seien. Un-erhört sei es auch, daß eine demokratische Organisation, die die republikanische Staatsform bejahe, vom Reichswehrminister für politisch erklärt werde. Geringfügig sei der gewaltige Anstieg der Mitgliedszahl des Bundes. Gegenüber 324 580 Mitgliedern zu Beginn der Berichtszeit seien heute 472 369 zahlende Mitglieder zu verzeichnen. Die Sterbefälle des Bundes hat an 15 484 Mitglieder 1 242 141,05 Mark Sterbeunterstüfung gezahlt.

Dem Geschäftsbericht folgte der Bericht des Bundes-ausschusses, erstattet von Rohmann, der Bericht der Reichsrieger-siedlung, der Bericht des Aufsichtsrates dieser Siedlung und der Revisionsbericht. Der Entschluß für den Bundesvorstand und den Bundesfaktierer beantragt.

dem Saargebiet zugänglich zu machen. Der Bundestag betrachte es als eine Selbstverständlichkeit, daß bei der Rückgabe des Saargebietes die entsprechenden deutschen Gesetze unverzüglich eingeführt werden.

Geschäftsführer Dr. Fritz Pjirrmann sprach über: Techniker und Arbeitsschutzgesetzgebung. Er führte aus: Die dem Reichstag vorliegenden Entwürfe eines Arbeitsschutzgesetzes und eines Bergarbeitsgesetzes können von den technischen Angestellten und Beamten nicht als Erfüllung der dem Reich in Artikel 157 der Reichsverfassung auferlegten Verpflichtung, die Arbeitskraft unter besonderen Schutz zu stellen, anerkannt werden. Die Rationalisierung ist nicht berücksichtigt worden. Der sachliche wie der persönliche Geltungsbereich sind derzeit eingeschränkt, daß von einem einheitlichen Schutz für alle Geistes- und Handarbeiter überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann. Die Arbeitszeitbestimmungen der Entwürfe bringen statt einer Verbesserung eine Verschlechterung des geltenden Rechts. Anstatt den besonders gelagerten Verhältnissen der technischen Angestellten im Bergbau unter Tage Rechnung zu tragen, ist ein Sondergesetz vorgelegt worden, das keine unserer grundfälligen Forderungen erfüllt. Weder die Mitverantwortlichkeit der Grubenbesitzer, noch das Verbot der Revierprämien, weder der Kündigungsschutz der technischen Grubenbeamten, noch die strenge Durchführung des Siebenfundentages sind vorgelegen. Im Einklang mit der Reichsverfassung ist ein einheitliches lüdenloses Nares Arbeitsschutzgesetz zu fordern, das den fortgeschrittenen, arbeitswissenschaftlichen und sozialen Erkenntnissen entspricht und die Träger der Arbeitskraft, vertreten durch ihre Organisationen, vollberechtigt in die Durchführung und Ueberwachung seiner Bestimmungen einschaltet.

Der Bundestag ist von insgesamt 174 Vertretern — darunter 98 Delegierte — besetzt.

Konferenz des Gesamtverbandes

Abteilung der Reichs- und Staatsarbeiter im Bezirk Schlesien

Am 25. Mai fand im Breslauer Gewerkschaftshaus die erste Konferenz der Reichs- und Staatsarbeiter des Gesamtverbandes statt. Vertreter waren 37 Delegierte, der Bezirksvorstand, Verbandsbeirat, die Vertreter der Hauptbetriebsräte im Bereiche des Reichswehrministeriums, des Preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, sowie der Vertreter des Bezirksbetriebsrates.

Kollege Witzel begrüßte die anwesenden Delegierten, Vertreter und Gäste, sowie den Kollegen Stetter vom Verbandsvorstand und gab hierauf den Bericht über die Tätigkeit des Bezirks. Er führte unter anderem aus: Die Arbeit im Berichtsjahre war umfangreich gewesen. In Schlesien sind über 70 Prozent aller Reichs- und Staatsarbeiter im Gesamtverband organisiert. Eine unerwünschte Unsicherheit im Arbeitsverhältnis der Reichs- und Staatsarbeiter ist die starke Abhängigkeit vom Etat. Jede Kürzung der zu überweisenden Gelder hat in erster Linie zur Folge eine Einsparung am Lohnetat und dadurch Arbeiterentlassungen. Dem Verbandsrat ist es gelungen, eine beachtliche Zahl von erfolgten Kündigungen rückgängig zu machen. Die Wahlen zu den Betriebsräten im Bereiche des Bezirks Schlesien

haben in diesem Jahre eine erfreuliche Vorwärtswicklung genommen. Die Arbeit der Betriebsräte ist in der letzten Zeit reger gewesen als zuvor. Die steigende Zahl der Betriebs-versammlungen beweist die größere Regsamkeit der Betriebsräte. Durch den am 1. Januar dieses Jahres erfolgten Zusammen-schluß ist die organisatorische Zersplitterung der Reichs- und Staatsarbeiter aufgehoben. Es ist zu erwarten, daß die Einigkeit neue Kräfte für die Agitation gibt und die noch nicht organisierten Reichs- und Staatsarbeiter gewonnen werden.

Zum zweiten und zum wichtigsten Punkte der Tagesordnung nahm der Kollege Stetter als Reichsabteilungsleiter Berlin das Wort. Er behandelte „Die wirtschaftliche Lage der Reichs- und Staatsarbeiter“ und gab anschließend einen Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen. Die Manteltarifverhandlungen sind nunmehr in ein Stadium getreten, wo man das Endresultat so ziemlich übersehen kann. Monate hindurch wurde mit den Regierungen verhandelt. Er gab einen Überblick über die Änderungen des Manteltarifvertrages. Das Finanzministerium lehnt insbesondere die Einführung der 48stündigen Arbeitswoche ab, ebenso die Bezahlung einer dritten Dienstalterszulage. Im übrigen aber bringt der neue Tarifvertrag einige Verbesserungen. In den nächsten Tagen wird über die kritischen Punkte weiter verhandelt. Nach Lage der Verhältnisse dürfte aber diese Besprechung nahezu negativ verlaufen. Für den 5. Juni dieses Jahres ist die Reichstarkommission zu einer Sitzung einberufen worden, die über das endgültige Ergebnis zu entscheiden hat.

Das Referat sowie der Bericht des Kollegen Stetter wurden mit großem Beifall aufgenommen.

In der nun einsetzenden Diskussion wurde auf die Umgehung des Tarifvertrages seitens der Verwaltungen hingewiesen. Einige Diskussionsredner verlangten die Aufhebung des niedrigsten Lohngebiets. Die Kollegen von Oberschlesien verlangten neben Aufhebung des niedrigsten Lohngebiets die Gewährung eines Ortslohnzuschlages für die besonders teuren Orte Oberschlesiens. Kollege Przychalla schilderte die besonders schwierige Wirtschaftslage des Ostens und ersuchte den Kollegen Stetter, bei jeder Gelegenheit sich dafür zu verwenden, daß die schlechten Verhältnisse in Schlesien besonders zu berücksichtigen sind.

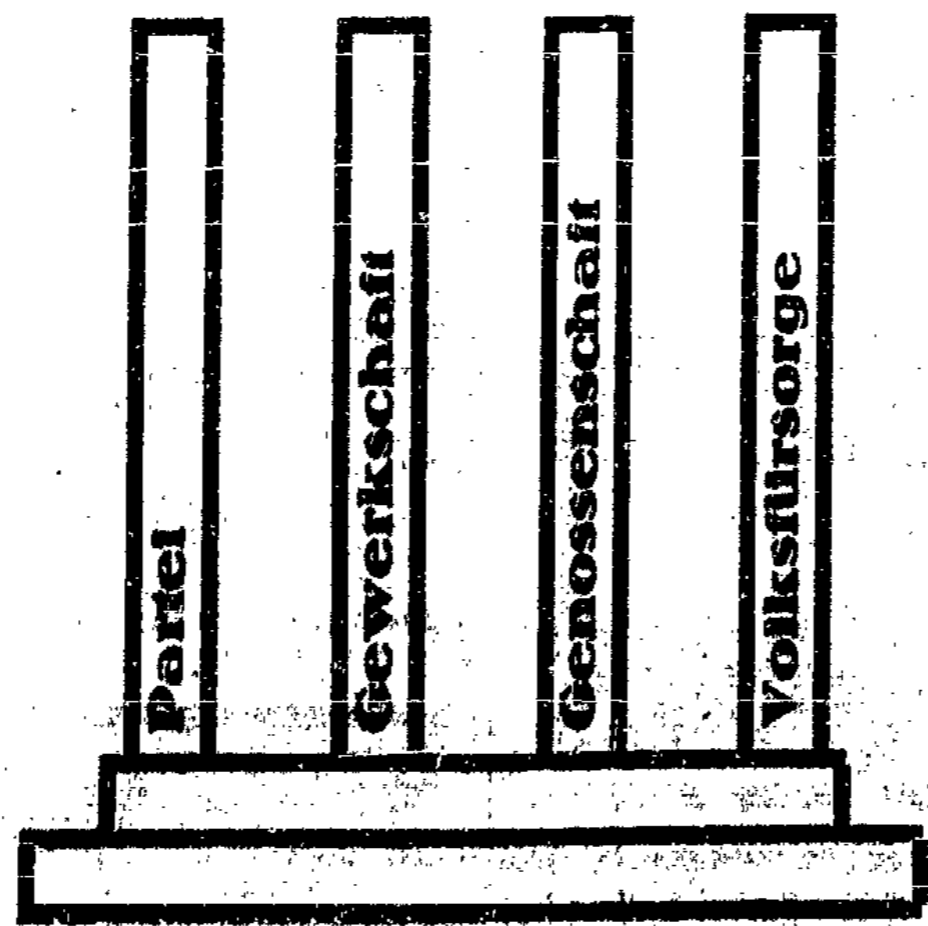
Kollege Stetter ging in seinem Schlußwort auf die Wünsche der Kollegen ein und ermahnte die Kollegen, für den weiteren Ausbau der Organisation Sorge zu tragen.

Zur Reichskonferenz wurden die Kollegen Walter Martin-Breslau und Alfred Eichner-Reushammer als Vertreter, die Kollegen Karl Fich-Neustadt und W. Payer-Breslau als Ersatzvertreter gewählt.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Gesamtverband sowie die internationale Arbeiterbewegung wurde die Konferenz geschlossen.

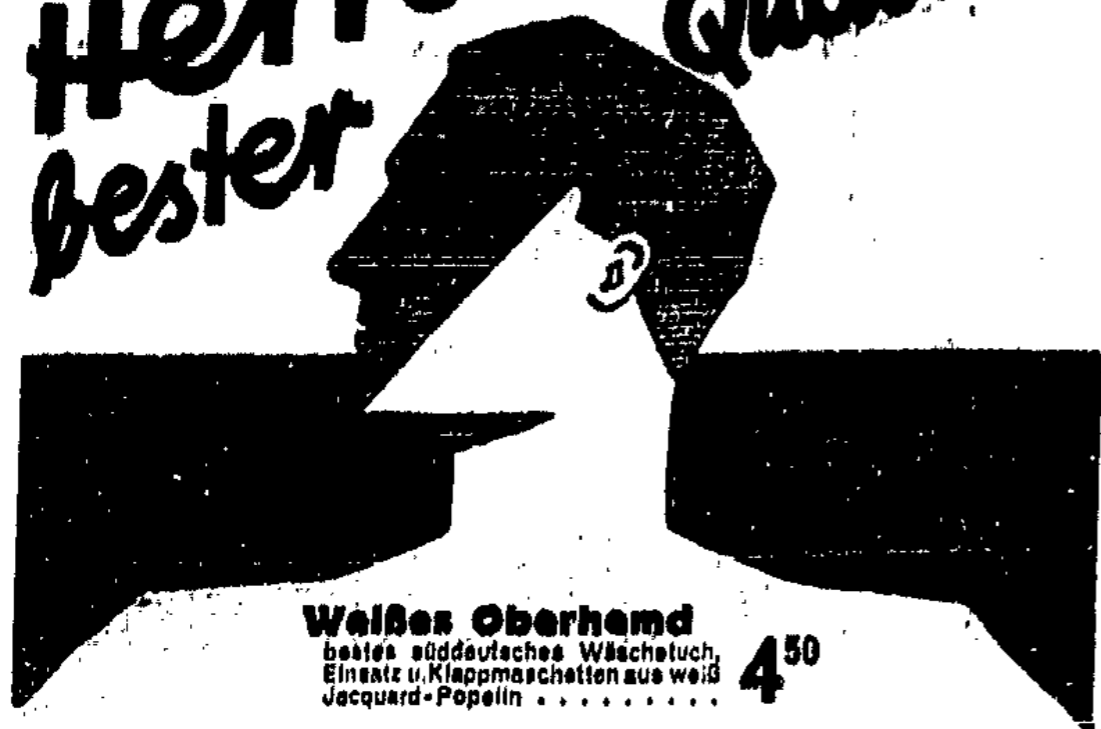
Die Dunderhoff-Wismann, einer der größten deutschen Baufirmen, konnte ihren Umsatz im verflossenen Jahre weiter steigern. Insbesondere wurde der Arbeitsbereich durch den Bau von 194 auf 22 Millionen Mark. Die Umsatzerlöse stiegen von 1,15 auf 1,23 Millionen Mark. Der Nettogewinn stieg von 1,5 auf 1,69 Millionen Mark an (im Vergleich mit dem Jahre 1927: 1,5 Millionen Mark). Daraus wird eine Dividende von 12 Prozent gezahlt. Das Unternehmen schüttete im Vorjahr 8 Prozent und im Jahre 1927 6 Prozent aus.

4 Säulen



Tue Deine Pflicht — Stütze sie!

Von Kopf bis Fuß
Herrenwäsche
bester Qualität



Weißes Oberhemd
bestes süddeutsches Wäschetuch,
Einsatz u. Klappmanschetten aus weiß
Jacquard-Popelin **4⁵⁰**

Weiß Sportoberhemd
guter Jacquard-Popelin mit unter-
legter Brust und Klappmanschetten **6⁹⁰**

Weißes Oberhemd
gutes mittelfines Wäschetuch mit
feinem Jacquard-Popelin-Einsatz u.
Klappmanschetten **8⁷⁵**

Weiß Sportoberhemd
vorzüglicher Jacquard-Popelin mit
unterlegter Brust u. Klappmanschetten **9²⁵**

Farbiges Sporthemd
guter Zephir in bedeckten Streifen-
mustern, mit unterlegter Brust und
Klappmanschetten **4²⁵**

Farbiges Sporthemd
guter Popelin in bedeckten Mustern, mit
unterlegter Brust u. Klappmanschetten **6⁷⁵**

Farbiges Sporthemd
vorzüglicher Popelin in bedeckten
Mustern, mit unterlegter Brust,
Kragen und Klappmanschetten. . . **8²⁵**

Farbiges Sporthemd
vorzüglicher englischer Trikotet mit
unterlegter Brust, Kragen und Klapp-
manschetten **10⁷⁵**

Sämtliche
Oberhemden u. Sporthemden
sind
eigenes Fabrikat
unserer Bielsfelder Werkstätten

Hemd hose
poröser weißer Sommertrikot, leichte
angenehme Qualität . . . Mittelgröße **3⁵⁰**

Hemd hose
poröser weißer Gesundheitsstoff,
amerikanische Form, im Rücken mit
Trikotzwischenstück **5⁸⁰**

Kniebeinkleid
mit verstellbarem Riegebund,
best. poröser Wäschestoff 3,70
Guter weißer Linon, Mittelgröße **2⁹⁰**

Schlafanzug
guter gemusterter Perkal mit Ver-
schnürung und Perlmutterknöpfen . . **8⁵⁰**

Einstoffkragen
kraft weißer Sportstoff, ohne Einlage,
in 3 modern. Formen vorrätig, Stück **65 Pf.**

Herrensocken
Mako mit Kunseide plattiert, aparte
Jacquardmuster **95 Pf.**

Sportstrümpfe
für Knickerbocker, beste Seiden-
florqualität mit elastischem Rand,
aparte Jacquardmuster. **2⁷⁵**

LEINENHAUS
BIELSCHOWSKY

NIKOLAISTR. 12-16 BRESLAU ECKE HERRENSTR.

H & F



eröffnen
am 28. Mai
ihre Filiale
Schweidnitzerstr.
30

HERMANN & FROITZHEIM

Familien-Anzeigen

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Am 23. Mai verstarb unser Freund der Tischler

Wilhelm Proske

im Alter von 69 Jahren 6 Monaten.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 27. Mai, nachmittags
3 Uhr, von der Leichenhalle des Anstaltsfriedhofes
Herrnprotsch aus. 2142

Am Freitag, dem 23. Mai 1930, starb unser
früherer Mitarbeiter, der Tischler

Wilhelm Proske

im Alter von 69 1/2 Jahren.

Ein dauerndes Andenken bewahren ihm

Die Kollegen der Firma Hermann Will
Schönstraße 24.

Beerdigung: Dienstag, den 27. Mai, nachmittags
3 Uhr, von der Leichenhalle des Anstaltsfriedhofes
in Herrnprotsch. 7490

Deutscher Bauwerksbund.

Am 23. Mai verstarb unser langjähriges Mit-
glied, der Betonarbeiter 2143

Paul Münch

im Alter von 46 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Bauwerkschaft Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 27. Mai, nachm. 3 Uhr,
von der Leichenhalle in Stabelwitz aus.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Breslau.

Am Sonntag, d. 25. Mai 1930, nachm. 5 Uhr, verstarb
unser Freund und Verbandskollege, der Metzger

Hermann Skora

im Alter von 22 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, d. 27. Mai, nachm. 3 Uhr, von
der Leichenhalle des Friedhofes in Cossel (St. Nikolai).

Für die überaus herzliche Anteilnahme beim
Ableben meines lieben Mannes sage ich allen
Freunden und Bekannten, insbesondere dem
Redner Genossen Nevermann, der Sozial-
demokratischen Partei, den Genossinnen und
Genossen des Distrikts 18, dem Verband der
Holzarbeiter und den Mietern des Hauses
herzlichen Dank. 7493

Breslau, Adlerstraße 7

Martha Glater
geb. Kasche

Proletarier!

Beseitigt die Hindernisse
Sprachschranken! Lerne
Weltssprache Esperanto
die von Arbeitern aller Nationen
gesprochen und verwendet wird

Mittwoch, den 28. Mai 1930, abends 8 Uhr,
in der „Bratistawia“, Mauritiusplatz

**Große
Protest-Rundgebung**

gegen

Die geplanten Mietererhöhungen und
Forderungen der Mieteraufgebote.

Breslauer Mieterschutzverein e. B.
Bilgohlstraße 12.

Selle, trodene Lagerräume

840 und 800 qm groß, im Stadtkern
sofort zu vermieten.

Näheres im Magistratsbüro IVa, Mühlentorstraße 10

Die „Frauenwelt“ den Frauen
zum Lesen, Denken und Schauen

„Frauenwelt“

eine Halbmonatsschrift für die Frau
des schaffend. Volkes. Preis 35 Pf.
Zu bestellen bei all. Zeitungsträgern

Elegante gebr. u. neue Anzüge
Mäntel, Gehrock-, Frack- u. Smoking-Anzüge

Leihhaus Kupferschmiedestr. 32

Druckerei
VOLKSWACHT
BRESLAU 2 - Nikolaistraße Nr. 49

**EIS-
SCHRANKE**
HERZBEHRUCH
Breslau, Ring 25.

Genossen deckt Euren Bedarf bei
unseren Inserenten!

Wir vergeben

an jedermann leichte Beschäftigung, von der Wohnung aus
usw., auch als Nebenverdiens, nach unseren Arbeitsunterlagen.
Monatsverdienst bis 600 Mark.
Beginn und Verdienst sofort. Kapital nicht erforderlich.
Neos-Verein: Gesellschaft m. b. H., Münster i. W. Nr. 191